Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Staben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 17. | Dresden, Montag den 21. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Auflösung der Konstituante.

Straßenkämpfe in Petersburg. — Naher Frieden mit der Ukraine. — Neue Friedenserklärung Czernins. — Lloyd Georges Schwierigkeiten.

Am Freitag wurde im Taurischen Palais die Verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, Sverdlow, eröffnet. Die Versammlung wählte Tschernow mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden. Lange konnte Tschernow seines Amtes nicht walten, denn am Sonntag morgen wurde die Konstituante bereits mit Bajonetten auseinander gejagt:

W. T.-B. Petersburg, 20. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem die Verfassunggebende Versammlung nach halbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses der Sowjets abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die Verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlaß über die Auflösung der gesetzgebenden Versammlung erscheinen.

Mit diesem Gewaltakt ist für die streitenden Parteien eine neue Kampfsituation geschaffen. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon oft ausgesprochen, daß sie zwar im sozialistischen Endziel und im Streben nach dem Frieden mit den Bolschewiki einverstanden ist, daß sie sich aber sonst in ihren Auffassungen und Methoden von den Bolschewiki stark unterscheidet. Das muß, wie der Vorwärts richtig betont, aus dem gegenwärtigen Anlaß wiederholt und unterstrichen werden. Die Bolschewiki dürfen sich nach all ihrem autokratischen Regierungsgebaren nicht wundern, daß jetzt eine Phalanx von links bis rechts gegen die Herrschaft der maximalistischen Sowjets erstanden ist.

Die Unsicherheit, mit der die Bolschewiki der Konstituante gegenüber standen, hat sich als berechtigt erwiesen: kaum ein Drittel der Stimmen stand hinter ihnen. Daß die Gewählten überhaupt zusammenberufen wurden, lag an dem Drucke, der sich gegen den „Rat der Volkskommissare" von allen Seiten geltend machte. Steigender Mißmut, Umschwung der Stimmung bei der Arbeiterschaft und einem Teil der Soldaten, direkte Drohungen, wie diejenige der Post- und Telegraphenangestellten, den Generalstreik im Falle der Nichteinberufung der Konstituante zu proklamieren, kritische Lage des Ernährungswesens, ohne Ausweg und Ausblick, vielleicht auch der Gang der Friedensverhandlungen, all diese Sturmzeichen bewegten schließlich die Bolschewikiregierung, die Konstituante tagen zu lassen.

Schon die erste Abstimmung zeigte das Kräfteverhältnis deutlich. Mit fast Zweidrittel-Mehrheit wählte die Versammlung Kerenskis ehemaligen Landwirtschaftsminister zum Vorsitzenden. Tschernow, dessen Namen einst alles umschloß, was das russische Bürgertum haßte wie den Tod, den Internationalismus Zimmerwalder Prägung und die sofortige Enteignung allen Grundbesitzes, er ist heute der Bannerträger aller Feinde der bolschewikischen Diktatur. Seine Wahl war einheitliches Programm der Konstituante-Mehrheit, der Ablehnung der Bolschewiki-Regierung. So wurde denn auch die Regierungserklärung mit der gleichen Stimmenmehrheit beiseite geschoben. Reuter berichtet darüber aus Petersburg:

Die konstituierende Versammlung beschloß mit 275 gegen 140 Stimmen, die Beratung der von Sverdlow verlesenen Erklärung der Arbeiterrechte, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden, zu vertagen. Die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre verließen hierauf den Saal, während die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten trotz der Drohungen des in den Gängen aufgestellten, mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Militärs den Vorschlag annahmen, an die Kriegführenden Ahordnungen zu senden, um einen Weltfrieden herzustellen.

Jetzt knattern in Petersburg wieder einmal die Maschinengewehre, der blutige Kampf der Mehrheitssozialisten gegen die Bolschewiki-Diktatur tobt. Noch scheint der größte Teil des Heeres hinter den Bolschewiki zu stehen. Und wie auch der neuentbrannte Kampf um die Herrschaft entschieden werden mag: das russische Heer hat abgerüstet, das Verpflegungswesen wie die gesamte Kriegsmaschinerie ist desorganisiert, an eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Kampfes kann in Rußland keine Regierung mehr denken.

Trotzdem bedeuten die Vorgänge in Petersburg für alle Regierenden eine ernste Lehre. Soweit aus den vorliegenden Telegrammen ersichtlich, richtete sich die Konstituante-Mehrheit auch gegen die Friedenspolitik der Bolschewiki. Kühlmanns Vorschläge haben uns in Rußland bis heute keinerlei Sympathien erworben. Und das ist verständlich. **Kühlmann** erklärte noch am Freitag in **Brest-Litowsk** zur Abstimmung über die staatliche Zukunft derjenigen besetzten Gebiete, denen Rußland das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt habe, daß das von der russischen Delegation hierfür beantragte **Referendum** nicht dem Entwicklungszustande der Bevölkerung dieser Gebiete entspräche. Mit solchen Erklärungen ist nicht weiterzukommen. Bis heute ist die deutsche Delegation einem Vorschlag darüber, wie denn das auf „breiter Grundlage auszuübende Volksvotum", das Kühlmann in Aussicht stellte, aussehen soll! Die **Haltung der deutschen Delegation** muß in Rußland den Schein erwecken: Deutschland will das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" nur insoweit anerkennen, als dabei eine **Angliederung Litauens und Kurlands** an Deutschland herausspringt. **Wenn das wirklich** der Plan der deutschen Regierung wäre, so spräche daraus eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit. Denn während Kurland für Deutschland keine wesentliche militärische Stärkung bedeutet, trüge es uns die dauernde Feindschaft Rußlands ein. Selbst wenn sich jetzt Rußland unter dem Zwange der militärischen Lage in eine solche Lösung der Ostfragen fügen würde, so könnte es den Verlust Rigas und Libaus wohl nie verschmerzen, denn beide Städte sind seine einzigen eisfreien Häfen an der Ostsee. Als mindestes Entgegenkommen an Rußland muß gefordert werden, daß die besetzten Gebiete selbst über ihr Schicksal entscheiden. Wir fordern darum nunmehr von der deutschen Regierung, daß sie bei Wiederbeginn der Verhandlungen in **Brest-Litowsk** klar darlegt, **wie sie sich ein Volksvotum denkt, das den Willen der Bevölkerung der besetzten Gebiete klar zum Ausdruck kommen läßt.**

Ebenso ist es nötig, daß das deutsche Volk mehr Klarheit über die **Verhandlungen mit der Ukraine** erhält. Nach einer Meldung aus Brest ist es dem Vierbund gelungen, mit der Ukraine eine **Einigung** über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrags zu erzielen. Wie aber diese Grundlagen aussehen, wird verschwiegen. Polnische, galizische, rumänische und vor allem russische Fragen hängen mit der Lösung des ukrainischen Problems zusammen, Fragen, die für die Zukunft von größter Wichtigkeit sind. Da ist dem deutschen Volke mit offiziösen Hinweisen auf die Größe des Erreichten nicht gedient — es will vor allem Klarheit über die erreichten Grundlagen.

Gesteigerte Artillerietätigkeit bei Ypern.

(W. T.-B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epehy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an.

Südlich von Bendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In einzelnen Abschnitten der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Vardar und Doiran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Straßenkämpfe in Petersburg.

Lugano, 21. Januar. Der Petersburger Korrespondent des Corriere della Sera meldet: In der Nacht zum Freitag wurden Hunderte von Verhaftungen vorgenommen. Freitag, vormittags gegen 11 Uhr, begannen in verschiedenen Stadtteilen Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Man errichtete Barrikaden. Die Soldaten der Roten Garde und bürgerliche Bewaffnete beteiligten sich am Kampfe ebenso wie vor vielen Tagen aus Kronstadt eingetroffene Matrosen. Die Kolonnen der sozialrevolutionären Arbeiter, die zugunsten der konstituierenden Versammlung demonstrierten, wurden von den Gewehren mit Gewehrfeuer und mit Bombenwürfen von den Dächern angegriffen.

Die Ukrainer auf der gesetzgebenden Versammlung.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nach einer Depesche aus Kiew waren am Dienstag nur wenige ukrainische Mitglieder der Konstituante nach Petersburg unterwegs, um der Eröffnung beizuwohnen, andere waren wegen des zwischen der Ukraine und Groß-Rußland noch bestehenden Kriegszustandes nicht abkommensfähig, da sie sich ihrer Unverletzbarkeit nicht sicher fühlten. Es wird bereits gemeldet, daß ca. 15 bis 20 ukrainische Abgeordnete bei der Eröffnung der Konstituante eine Erklärung zugunsten der Bildung einer Bundesrepublik verlesen, und darauf Petersburg verlassen.

Purischkewitsch verurteilt.

Basel, 21. Januar. Das revolutionäre Gericht in Petersburg verurteilte den Nationalisten und Monarchistenführer Purischkewitsch zu vier Jahren Zwangsarbeit.

Flucht der Rumänen aus Petersburg.

Genf, 21. Januar. Die Times melden aus Petersburg: Die Banken von Petersburg erhielten den Befehl der Regierung, rumänische Anweisungen nicht mehr auszugeben. Die Rumänen verließen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Entente-Botschafter wurde von Lenin zurückgewiesen.

Ein schweizerisches Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut dementiert die Nachricht, daß Beleidigungen zur Verhaftung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch bestätigt, daß das Smolny-Institut sich ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn sich Rumänien dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Chaotische Zustände in Rumänien.

Petersburg, 20. Januar. Die maximalistischen Führer, welche aus Kischinew, wo zahlreiche rumänische Soldaten mit den maximalistischen Kundgebungen gemeinsame Sache machen, sich bis [illegible] kommandanten abfangen. General Tscherbatschew [illegible] der Nähe von Jassy von maximalistischen Truppen umzingelt sein. Zwischen den regierungstreuen und maximalistischen Truppen finden Kämpfe statt, die recht blutig sein sollen. Jassy wird von maximalistischen Truppen beschossen. Der rumänische maximalistische Ausschuß in Odessa, dessen Vorsitzender der bekannte rumänische Sozialistenführer Rakowski ist, hat [illegible] den König, den Ministerpräsidenten Bratianu und Prinz Cantacuzene einen Hochverratsprozeß [illegible] werden, die Macht an die [illegible] Arbeiter- und Soldatenmassen [illegible] werden, daß die rumänische [illegible] zahlreiche ihr ergebene Truppen besitze.

Die Basler National-Zeitung berichtet [illegible] Berichten aus Rußland bestätigen, daß die Zustände in Rumänien chaotisch sind. Die Armeen teilen sich in eine monarchistische und eine revolutionäre Partei. Der König [illegible] sind von einer starken Masse von Deserteuren umgeben [illegible] Die Soldaten [illegible] von der Front, und überall werden große Versammlungen zugunsten des Friedens gehalten.

Neue Friedenserklärung Czernins.

Lugano, 21. Januar. Der Petersburger Korrespondent des Corriere della Sera meldet: Die Nachrichten von Czernins Friedensrede wurden in Petersburg mit Begeisterung aufgenommen. Die Presse erklärt, daß Czernin die Grundlagen der Friedensverhandlungen, wie sie Trotzki aufgestellt hat, annehme. Die Presse erklärt weiter, daß die Ententemächte Czernins Rede ignorieren müssen, weil sie sich gegen sie richte. Die Presse erklärt weiter, daß die Ententemächte Czernins Rede ignorieren müssen, weil sie sich gegen sie richte. Die Presse erklärt weiter, daß die Ententemächte Czernins Rede ignorieren müssen, weil sie sich gegen sie richte.

Bern, 21. Januar. Die Times melden aus Petersburg: Die Banken von Petersburg erhielten den Befehl der Regierung, rumänische Anweisungen nicht mehr auszugeben. Die Rumänen verließen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Entente-Botschafter wurde von Lenin zurückgewiesen.

Ein schweizerisches Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut dementiert die Nachricht, daß Beleidigungen zur Verhaftung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch bestätigt, daß das Smolny-Institut sich ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn sich Rumänien dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Lloyd Georges Schwierigkeiten.

Berlin, 20. Januar. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der **Mittelmächte** einerseits und der der **ukrainischen Volksrepublik** andrerseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist. Der Kriegszustand soll für beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden. Alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregelten, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorsorge zu treffen haben wird, auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Nach Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, dieser Stelle persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum ersten Male in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Erregung in Oesterreich und Czernins Friedenswille.

In Oesterreich haben sich in der vorigen Woche spannungsvolle Vorgänge abgespielt. Nur ein sehr mattes Bild dieser Vorgänge läßt sich aus den Mitteilungen gewinnen, die vom Telegraphenbureau über die Verhandlungen des österreichischen Abgeordnetenhauses und andrerseits über die Arbeiterausstände in Wien und die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit der Regierung zur Verbreitung gebracht werden.

Bei den Erregungen, die die Bevölkerung Oesterreichs erfüllen, spielen die Ernährungsschwierigkeiten eine große Rolle. Die Ernährungsschwierigkeiten führen aber weiter zur Frage des Wahlrechts in den Gemeinden. Die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen haben die Herrschaft in den Gemeinden und verhindern eine gerechtere Einrichtung des Verpflegungswesens, woraus sich die Forderung nach Beseitigung des Klassenwahlrechts in den Gemeinden mit Dringlichkeit ergibt. Dazu kommen die Beschwerden der Arbeiter über die Zustände in den militarisierten Betrieben. Aber noch mehr als alles das hatte die Erregung ihre Ursachen in dem schleppenden Gang der Verhandlungen von Brest-Litowsk. Das Friedensbedürfnis in Oesterreich ist groß und es entstand der Eindruck, als tragen die Vertreter der Mittelmächte einen Teil der Schuld daran, daß die Verhandlungen nicht schneller und erfolgreicher fortschreiten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs hat Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet und ihr die Forderungen der Arbeiterschaft vorgelegt. Es wurde über den Frieden, über die Verbesserung der Ernährungsorganisation, über die Demokratisierung des Gemeindewahlrechts und über die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe verhandelt. Nach den bisher uns vorliegenden Meldungen sind diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. In der Friedensfrage aber wird durch das Wiener politische Telegraphenbureau eine Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin bekannt gegeben, die zwar schon vom 15. Januar datiert, aber zweifellos unter dem Eindruck der neuesten Vorkommnisse und zum Zwecke, Beruhigung zu verbreiten, jetzt der Oeffentlichkeit übergeben wird. Czernin erklärt:

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange. Deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig.

Ich halte und bürge jedoch dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen, noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Die Erklärungen Czernins sind klar, scharf und einwandsfrei. Sie lassen nur die Frage offen, woher es denn kommt, daß die Verhandlungen mit Rußland, wenn „wir" nichts von ihm wollen, sich so langwierig und schwierig gestalten. Liegt das ausschließlich an Rußland? Oder will Graf Czernin, indem er „ich" und „wir" sagt, aber nicht von den Mittelmächten und Langwierigkeiten spricht, bekunden, daß der deutsche Verbündete die Schwierigkeiten insgesamt mehr oder minder mit verursacht?

Ein Wiener Telegramm der Frankf. Ztg. gibt Aufschluß darüber, daß es das Treiben der „Vaterlandspartei" in Deutschland ist, das in Oesterreich-Ungarn die größte Beunruhigung bereitet.

Wien, 20. Januar. Die Arbeiterzeitung bringt an der Spitze einen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in welchem es heißt, daß dieser die heutige Erklärung des Grafen Czernin mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt und ihre Entschiedenheit anerkennt.

Friedensneigung in England? — Hemmnisse auf dem Friedensweg.

In der Rede von Lloyd George, über die wir vor einigen Tagen berichteten, wurden zwar Forderungen aufgestellt, die für Deutschland unannehmbar waren, es ließ sich jedoch nicht verkennen, daß der englische Staatsmann seine Tonart gegen früher sehr wesentlich gemäßigt hatte. Von der ehrlich friedensfreundlichen englischen Zeitschrift Nation wird behauptet, daß die Rede von Lloyd George, ebenso wie die letzte Botschaft Wilsons in Deutschland falsch gedeutet worden sei. Lloyd George habe seine Kriegsziele revidiert und in seiner Rede nur „Maximalbedingungen" aufgestellt. Jetzt hat der englische Ministerpräsident bei den Beratungen der Delegierten der Trade-Unions eine Rede gehalten, die dahin gedeutet werden kann, daß bei dem englischen Staatsmann die Neigung besteht, mit Deutschland zu einer Verständigung zu kommen. Man muß allerdings dabei berücksichtigen, daß Lloyd George die Rede vor Vertretern von Gewerkschaften hielt, um sie für seinen Plan, die Grenzen des militärpflichtigen Alters auf 55 Jahre hinaufzusetzen, zu gewinnen, und da die Friedensneigung bei den englischen Arbeitern in letzter Zeit sehr stark geworden zu sein scheint, mag er ganz besonders darauf Wert gelegt haben, die Dinge so darzustellen, als wenn allein Deutschland die Schuld daran trüge, daß man zu einem Frieden nicht kommen könne. Er erklärte, wenn [illegible] die deutsche Armee nicht besiege, werde es nicht möglich sein, gemäßigte Friedensbedingungen durchzusetzen. Die herrschenden Machthaber Deutschlands würden dann die ganze Welt beherrschen, und Belgien würden die Deutschen niemals räumen, wenn man sie nicht dazu zwänge. Wenn jemand ein Mittel wüßte, um ohne Kampf aus diesem Konflikt heraus zu kommen, so möge er ihm im Gottes Namen dieses Mittel nennen.

Von den Forderungen, die Lloyd George in seiner vorigen Rede aufgestellt hat, hat er freilich nichts zurückgenommen, im Gegenteil, aus einer Antwort, die er auf eine an ihn gerichtete Anfrage gab, geht hervor, daß er vorläufig noch den Anspruch Frankreichs an Elsaß-Lothringen anerkennt und unterstützen will. Er drückte sich allerdings diesmal auch dabei sehr gemäßigt aus, indem er sagte, daß das französische Volk in dieser Frage entscheiden solle, was es als gerecht betrachte. Aber dieses vorläufige Festhalten an den bisher aufgestellten Kriegszielen ist noch kein Beweis dafür, daß bei etwaigen Friedensverhandlungen England keine Zugeständnisse machen wird, es ist sehr wohl möglich, daß Lloyd George deshalb in der Oeffentlichkeit von seinen Kriegszielen nichts zurücknimmt, weil er für etwaige Verhandlungen Austauschobjekte haben will. Auch von deutscher Seite ist ja wiederholt erklärt worden, daß man vor Beginn der Friedensverhandlungen eine ins einzelne gehende Erklärung über seine Friedensziele nicht abgeben könne, weil man sonst am Verhandlungstische gewissermaßen mit leeren Händen erscheine und der Gegner sich in einer sehr günstigen Lage befinde, wenn er von vornherein genau wüßte, was die Gegenseite ihm zugestehen wird. Dasselbe gilt natürlich auch für England und es ist durchaus denkbar, daß sich Lloyd George von derartigen Bemeggründen leiten läßt.

Auf jeden Fall ist es nun die Pflicht der deutschen Regierung, zu versuchen, ob sie nicht die Gelegenheit benutzen kann, Verhandlungen mit England anzubahnen. Wenn nicht alles täuscht, so stehen wir, kann der Krieg nicht vorher beendet werden, vor furchtbaren Katastrophen, die an Schrecklichkeit alles noch in den Schatten stellen werden, was wir bisher in diesem Kriege erlebt haben. Es ist Pflicht eines jeden, der auch nur ein Fünkchen Lieben zu seinem Volke hat, das Aeußerste zu tun, um dieses Fürchterliche zu vermeiden. Lloyd George hat gebeten, ihm ein Mittel zu nennen, um aus dem Konflikt herauszukommen. An Deutschland darf es nicht liegen, wenn dieses Mittel nicht gefunden wird. In den nächsten Tagen wird voraussichtlich der deutsche Reichskanzler das Wort über die Friedensfrage ergreifen. Dabei muß klar zum Ausdruck kommen, daß in Deutschland kein Mensch solche Weltbeherrschungspläne hat, wie sie Lloyd George den heutigen Machthabern Deutschlands unterschiebt. Vor allen Dingen muß eine klare Erklärung über Belgien abgegeben werden. Von guten Willen müßten zwar die Staatsmänner der Entente, mehre auch Lloyd George aus dem, was bisher bereits gesagt worden ist, so besonders auch in seinen Worten von Mitleidenschaft, daß Elsaß-Lothringen das einzige Friedenshindernis ist, die Gewißheit gewonnen haben, daß Deutschland über Belgien mit sich reden lassen will, aber die belgische Frage ist doch der Punkt, an dem die Kriegsströmung in England immer wieder einsetzt, und deshalb muß von deutscher Seite endlich mit unzweideutigen Worten erklärt werden, daß wir bereit sind, bei den Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit Belgiens zuzugestehen, wenn wir für Deutschland annehmbare Friedensbedingungen erlangen können und wenn die Gegner auf ihre Eroberungsziele verzichten.

Freilich, noch besser als durch Worte könnte dem Ausland durch die Tat gezeigt werden, daß Deutschland ehrlich zu einem Frieden der Verständigung bereit ist. Deshalb muß endlich von deutscher Seite in Brest-Litowsk mit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes Ernst gemacht werden. Nichts könnte leichter sein, jede Friedensstimmung bei den gegnerischen Völkern zu ersticken, als wenn der Schein bestehen bliebe, daß Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker bloß vorgeschoben habe, um dann hinterhältig den jetzigen Schwächezustand Rußlands zur Erreichung selbstsüchtiger Ziele auszunutzen. Die Massen in den Ententeländern würden dann zu leicht denen Glauben schenken, die ihnen sagen, daß man zu Deutschland kein Vertrauen haben und deswegen nicht mit ihm Frieden schließen könnte. Wollen wir zu einer Verständigung mit den uns heute noch feindlichen Staaten gelangen, so müssen die Völker dieser Länder den Glauben haben, daß Deutschlands Vertreter und Deutschlands Regierung zu dem stehen, was sie gesagt haben und daß sie auch imstande sind, das durchzusetzen, was sie wollen. Es muß vor allen Dingen darüber Klarheit geschaffen werden, daß nicht die Militärs die Ziele der Regierung in jedem Augenblick durchkreuzen können, und daß die der Volksvertretung verantwortliche Regierung die Zügel fest in der Hand hat.

Gewisse Dinge, die sich in unserem Vaterlande in der letzten Zeit ereignet haben, sind geeignet, den Glauben an die Macht unserer Regierung zu erschüttern. Seit Jahr und Tag wird vom Reichstag über die parteiische Handhabung der Zensur geklagt. Immer wieder ist eine Besserung versprochen worden, und wir zweifeln nicht, daß die gegenwärtige Regierung den Willen hat, die Mißstände abzustellen. Aber die Handhabung der Zensur liegt in den Händen der Militärbehörde, und wie die von den verschiedenen Rednern im Hauptausschuß gemachten Mitteilungen zeigen, wie von einzelnen Generalkommandos die Zensur benutzt wird, um die Vaterlandspartei, die der gegenwärtigen Regierung feindlich gegenübersteht, zu begünstigen. Das ist ein Zustand, der das Ansehen der Regierung, der das Ansehen Deutschlands in der schwersten Weise gefährden muß. Wie kann man, wird man mit einem gewissen Recht im Ausland sagen, mit einer Regierung Frieden schließen, die nicht einmal in innerpolitischen Dingen ihren Willen gegenüber den Generalen durchzusetzen vermag. Niemand wird die hervorragenden Leistungen verkennen, die unsere Generale als Heerführer in diesem Kriege vollbracht haben, aber wir wollen uns deshalb noch nicht von diesen Leuten regieren lassen. Dazu taugen sie nichts, obwohl — oder vielleicht gerade deshalb — weil sie in ihrem Fach Hervorragendes zu leisten vermögen.

Geradezu wie eine Verhöhnung des Reichstags und damit des ganzen deutschen Volkes muß es wirken, wenn im Hauptausschuß die Klagen über die Zensursünden immer nur mit ein paar lahmen Entschuldigungsreden beantwortet werden. Warum wird nicht endlich einmal ein General, der bei der Handhabung des Belagerungszustandes so schwer gefehlt hat, von seinem Posten entfernt? Es ist wahrlich die höchste Zeit, den militärischen Stellen die Handhabung des Belagerungszustandes, wenn man diesen überhaupt aufrecht erhalten will, zu entziehen und Zivilbehörden zu übertragen, die der Regierung und damit dem Reichstag verantwortlich sind. Damit würde ein schwerer Mißstand beseitigt, der das deutsche Volk immer wieder aufs ärgste empört, das Ansehen des Reichstags und damit der Regierung erschüttert und deshalb auch ein Hindernis für die Herbeiführung des Friedens ist. Und es tut wahrlich not, daß, wenn irgend möglich, alle Hemmnisse beseitigt werden, die einem Fortschreiten auf dem Wege zum Frieden entgegenstehen, damit die Blutwelle, die über die Welt dahingegangen ist, nicht noch weiter steigt.

•

Eine neue Rede Lloyd Georges.

London, 19. Januar. (Reuter.) In der gestrigen Beratung der Delegierten der Trade-Unions, die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der Truppenbestände zu prüfen, hielt Lloyd George eine Rede an die Kongreßteilnehmer. Der Premierminister führte mit Bezug auf die Kriegsziele folgendes aus:

Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: Um die nötigen Mannschaften zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel, als die Grenze des militärpflichtigen Alters auf 55 Jahre zu erhöhen, wie dies bereits in Oesterreich geschehen ist, oder die Verwundeten immer wieder in die Feuerlinie zu schicken. Wenn wir nicht imstande sind, die deutsche Armee zu besiegen, wird es nicht möglich sein, die durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzusetzen, die kürzlich von den Trade-Unions verkündigt wurden. Niemals werden die deutschen Machthaber geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgendein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellte, wenn wir sie nicht dazu zwingen können.

Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden, und erläuterte ferner, in welcher Weise diese beiden Kundgebungen in Deutschland aufgenommen wurden. Dann fuhr er fort:

Wenn die Entente aber nicht imstande ist, den heutigen Machthabern in Deutschland die Spitze zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer grausamen Militärautokratie ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. **Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.**

Zum Schluß erklärte der Premierminister: Wenn jemand an meiner Stelle ein **ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich ihn im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen.** Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative, **entweder setzen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.**

In der Beratung der Trade-Unions wurde nach Beendigung der Rede Lloyd Georges Fragen gestellt und von ihm beantwortet. In Beantwortung einer Frage sagte Lloyd George: Die Deutschen waren immer bereit, zu dem von ihnen festgesetzten Preis Frieden zu schließen, aber das ist nicht der Preis, den wir ihnen zu zahlen bereit sind. **In dem Augenblick, wo die Deutschen Neigung zu Friedensverhandlungen unter billigen Bedingungen zeigen** — die Bedingungen wurden mitgeteilt, es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat — wird niemand widerstreben, in Friedensverhandlungen einzutreten.

In Beantwortung einer Frage betr. eine internationale Arbeiterkonferenz, sagte Lloyd George: Nach langer, sorgfältiger und reiflicher Ueberlegung sind die verschiedenen Länder einstimmig zu dem Schlusse gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt würden, zwischen den Vertretern der Regierung jedes Landes geführt werden müßten. In Hinsicht auf die Frage, welche Bedingungen die notwendige Vorbedingung zu einer Friedenskonferenz seien, antwortete Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht wünschenswert wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann. Ich bin fest überzeugt, daß **der Haltung, die die Führer der deutschen Regierung einnehmen, daß es zu keinem Ergebnis führen würde.**

Ein Delegierter ersuchte Lloyd George um eine kurze Erklärung, wie er

die Wiederherstellung Elsaß-Lothringens

verstehe. Lloyd George antwortete: Ich habe kürzlich, wie ich glaube, mit Klarheit die Ansicht der Regierung in dieser Frage auseinandergesetzt. Meiner Anschauung nach muß das englische Volk an der Seite des französischen Volkes stehen, das die Frage selbst entscheiden soll. Die Ansicht der englischen Regierung ist, daß das französische Volk, das an dieser Frage ein Interesse erster Ordnung hat, entscheiden soll, was es als gerecht betrachtet. Für Lloyd George ist es völlig außer Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der Bewohner Elsaß-Lothringens für die Rückkehr unter das französische Banner ist.

•

Eine Friedensoffensive?

Die Vossische Zeitung hatte die Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges als „Friedens-Offensiven" gekennzeichnet. Die von den beiden Männern aufgestellten Forderungen seien „zum Feilschen bestimmte Maximal-Forderungen". Das Blatt kommt jetzt auf diese Aeußerung zurück, weil eine inoffizielle Aktion, die den Reden Georges und Wilsons gefolgt sei, die „Bereitschaft zu solchem Feilschen erkennen" ließen. Zum Beweise dafür dient ihr dabei eine Aeußerung G. Gardiners in den Daily News vom 12. Januar, in der es heißt:

„Es gibt noch immer Leute, die bloß auf den Wortlaut der Rede Lloyd Georges blicken und daher mit keinen Gedanken dem Frieden entgegensehen. Aber die wirklich wichtige Frage ist die der allgemeinen Atmosphäre und des Geisteszustandes. Darum erschien das Wort „Neuregelung" im Zusammenhang mit Elsaß-Lothringen allein schon als ein neuer Wegweiser. Es weist den Gedanken zurück, daß man um Elsaß-Lothringen verpflichtet sind, unseren letzten Blutkirchen zu opfern. Es ist schon sehr viel, daß dieses Mißverständnis beseitigt worden ist. Man muß auch bedenken, daß noch vor wenigen Wochen der Brief Lord Landsdownes ein Verbrechen, eine „weiße Flagge", ein Verrat, eine Katastrophe gewesen ist und jetzt als allgemeine Selbstwahrheit betrachtet wird. Und wenn jetzt Präsident Wilson vom Freihandel oder von der Freiheit der Meere spricht, dann läßt sich von keiner Seite irgendein Murmeln des Widerspruchs vernehmen. Ebenso sind die Leichkuste der Pariser Wirtschaftskonferenz (der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege) über Bord geworfen, ohne daß ihnen eine Träne nachgeweint oder eine Leichenrede gehalten worden ist. Dies alles weist auf tiefgründige Veränderungen hin."

Die Vossische Zeitung bewertet ebenso folgende Stelle in einem Artikel des Washingtoner Korrespondenten der Morningpost:

„Die Finanzkreise fühlen, daß die Botschaft Wilsons die „Türe zum Frieden" weit offen gelassen habe, und dies äußerte sich auf allen Börsen und besonders auf dem Baumwollmarkte. Es sehr auch seine Aeußerungen über Elsaß-Lothringen für Deutschland unannehmbar erscheinen, so ist doch die elsaßische Frage für die Amerikaner eine bloße Einzelheit, die wie andere unangenehme Streitgegenstände auch durch irgendwelche Taschenspielerkunststücke der Diplomaten geschlichtet werden dürfte. Man darf auch nicht vergessen, daß der durchschnittliche Amerikaner nie zugeben wird, daß er um Elsaß-Lothringens willen kämpft, obwohl er wünsche, daß Frankreich sowohl wie Belgien Gerechtigkeit widerfahre."

•

Snowden über Lloyd George.

Bern, 18. Januar. Der sozialistische Friedensfreund Philipp Snowden erklärte dem Londoner Vertreter von Manchester Guardian: Die genaue Lesung des vollständigen Textes der Rede Lloyd Georges hätte seinen allgemeinen günstigen Eindruck bestätigt. Sie bildete allerdings nicht eine unveränderliche Grundlage, auf die der Friede aufzubauen wäre, Deutschland könnte an mancher Stelle Ursache finden, auf Gegenseitigkeit zu drängen, wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...sächlich Annexionsfragen. Die Rede sei gewiß einseitig, aber man bedenke vor allem, daß es sich um Bedingungen der Alliierten handelt. Man könne von dem britischen Vorschlag nicht verlangen, daß er gleichzeitig auch schon die deutsche Antwort enthalte. Die Rede solle vielmehr betrachtet werden als ein Anteil, den Großbritannien in die allgemeine Verhandlungskasse zu werfen gedenkt. In solchem Sinne aufgefaßt, halte sie einen großen Fortschritt dar, verglichen mit früheren Reden. In diesem Moment bietet sie

Gelegenheit, die Verhandlungen anzufangen.

Die Hauptdifferenzen zwischen den britischen Bedingungen und dem, was wir von den Bedingungen der Zentralmächte wissen, könnten durch Besprechungen erledigt werden. Die ganze Rede weise darauf hin, daß Lloyd George durch seine bestimmte Forderung unerschütterlich verbunden will, jedwede selbstsüchtige und unrechte und wünsche Nebensachen sowie imperialistische Forderungen mit jenen allgemeinen Zielen in Uebereinstimmung zu setzen. Bedeutungsvoll sei, daß die Rede über die Wiederherstellung des militärischen Status schweige und eine vollständige Ablehnung der Anno Dni Politik bedeute.

U-Bootserfolge.

Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) Im westlichen Teil des Sperrgebiets um England fügten unsere rastlos tätigen U-Boote dem Gegner einen Verlust von 19 000 Brutto-Register-Tonnen Handelsschiffsraum zu. Die Mehrzahl der Schiffe wurde im Aermel- und St.-Georgs-Kanal unter heftiger feindlicher Gegenwirkung vernichtet. Unter den Versenkten befanden sich drei größere Dampfer von über 4000 Tonnen. Ein Schiff konnte also der englische Dampfer Glacre, der mit Kohlen nach Afrika unterwegs war, feststellen werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 19. Januar. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Dieckmann, hat kürzlich sechs durchweg bewaffnete Dampfer mit rund 32 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der Irischen See teils einzeln, teils in Geleitzügen unter starker Sicherung versenkt, abgeschossen, unter ihnen ein etwa 12 000 Tonnen großer Dampfer, ähnlich dem „Asquith"-Typ der White-Star-Linie.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bulgarien und die Dobrudscha.

Von einem Parteigenossen, der sich seit längerer Zeit in der Dobrudscha befindet, wird uns geschrieben:

Im Dezember vorigen Jahres fand, wie bereits gemeldet wurde, in Babadag (Norddobrudscha) ein sogenannter bulgarischer Kongreß statt. Von nationalistischen Elementen inszeniert und geleitet, sollte dieser Kongreß ein Votum für den Anschluß der ganzen Dobrudscha an Bulgarien, auch derjenigen Teile, die niemals zu Bulgarien gehörten, fassen. Der bulgarischen Telegraphen-Agentur ist es denn auch möglich gewesen, diesen Versuch als geglückt hinzustellen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, in dem mit einem den Balkanbewohnern eigenen temperamentvollen Einschlag die Vereinigung der Dobrudscha mit Bulgarien gewünscht wurde und das Bekenntnis gegeben wird, daß die Bevölkerung der Dobrudscha eine Wiederkehr der rumänischen Herrschaft diesseits der Donau nicht dulden und selbst mit bewaffneter Hand gegen jeden Eingriff wehren werde.

Ich will hier keineswegs untersuchen, ob der Anschluß der Dobrudscha an Bulgarien oder an Rumänien für die Bevölkerung das Heil bedeutet oder für andere Nationalitäten erwünscht sein kann. Die Kongreßveranstaltung läßt aber Schlüsse auf gleichartige Veranstaltungen zu.

Der eben angedeutete Beschluß entspricht allerdings den Bestrebungen gewisser für ein Großbulgarien schwärmender Elemente, die Anschluß auf die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens [illegible] so verderblich sein kann, als die alldeutsche Völkerei in Deutschland. Wie es in Deutschland die alldeutschen Elemente [illegible], denen die zukünftigen Grenzen im Westen und Osten [illegible] Annexionen gerückt werden können, lieber sind, so auch hier die von einem Großbulgarien träumenden Elemente. Dabei geben sich diese Elemente die erdenklichste Mühe, sich als die allein wahren Vertreter hinzustellen, und schlagen kräftig mit der Behauptung um sich, daß sie sich auf das Volksvotum stützen. Sie geben an, im Namen der gesamten Bevölkerung zu sprechen. Wenn man aber etwas näher zusieht, dann gewinnt man die Ueberzeugung, daß davon nicht im entferntesten die Rede sein kann.

Ist es nun schon an und für sich gewagt, wenn ein einseitig aus bulgarischen Dobrudschabewohnern zusammengestellter Kongreß, wie der in Babadag stattgefundene, im Namen der Dobrudschabevölkerung spricht, so ist es besonders gewagt, wenn man bedenkt, daß diese Bevölkerung ein Völkergemisch umfaßt, wie man es sich bunter kaum vorstellen kann und wie es einem Aufsiedelungsdistrikt entspricht. Die Stimmung dieser Bevölkerung ist Wechselfällen unterworfen. Das ist selbst bei Einwohnern bulgarischer Abstammung in der Dobrudscha vorherrschend. Auch aus dem Munde bulgarischer Abkömmlinge konnte man schon auf Befragen die Antwort vernehmen: „Wir ist es gleich, ob ich zu Bulgarien oder zu Rumänien gehöre. Es ist mir bei den letzteren auch nicht schlecht ergangen." Ganz ablehnend verhalten sich aber die Bewohner türkischer Abstammung, die bekanntlich in der Dobrudscha sehr zahlreich sind. Von den Einwohnern deutscher Abstammung ein abschließendes Urteil abzugeben, ist aber jedenfalls sehr gewagt. Sie kennen Deutschland nur noch vom Hörensagen. Meist aus Rußland eingewandert, politisch ungeschult, denken sie nicht anders als die eingewanderten Bulgaren, Türken und Tataren, und jagen wie diese ihren wirtschaftlichen Augenblicksvorteil. Man kann aber von ihnen sagen, wenn sie dem bulgarischen Einfluß gefügig sind, daß die Erfolge Deutschlands in diesem Kriege, in Verbindung mit Bulgarien, sie diesem Einfluß gefügiger macht. Immerhin kann man nur wenige kennen lernen, die ein abschließendes Urteil über ihre selbständige Stimmung gewinnen lassen.

Dieses Völkergemisch hält sich dem Einfluß am freundlichsten gegenüber, der ihm die leichteste Existenz bietet, der ihm bei Betätigung seiner Tugenden und Untugenden den weitesten Spielraum läßt. Von einer ausgesprochenen politischen Ueberzeugung mit bulgarischem Einschlag kann da keine Rede sein, besonders aber nicht, wenn man den mittleren und nördlichen, an die Donau grenzenden Teil der Dobrudscha ins Auge faßt. Während hier Einwohner bulgarischer Abstammung zusammensitzen und unter dem Einfluß bulgarischer Nationalisten die Politik der letzteren mitmachen, sitzen anderswo Einwohner türkischer Abstammung usw. und tauschen ihre Meinungen aus, die alles andere als dasselbe bedeuten lassen. Die letzteren wagen sich nur nicht so frei heraus, wie das ganz naturgemäß in einem besetzten Gebiet der Fall ist.

Unter solchen Umständen ist es aber komisch, im Namen der gesamten Bevölkerung eine Volksabstimmung zum Ausdruck zu bringen. Es ist absolut unmöglich, in einem besetzten Gebiet ein freies und damit wahrheitsgetreues Stimmungsbild über die Gesinnung der Bevölkerung auf einem Kongreß zum Ausdruck bringen zu können. Dabei ist es Tatsache, daß auch Bewohner türkischer Abstammung zum Kongreß bestellt, wohl gemerkt, bestellt waren, aber nicht hingegangen sind. Bewohner deutscher Abstammung waren ebenfalls nicht vertreten. Und bei einem Teil der dort anwesend gewesenen Vertreter ist auch nur die Ueberzeugung durch Versprechungen irgendwelcher Art erzeugt worden.

Dafür nur ein Beispiel, das sicherlich bei näherem Nachforschen nicht allein dastehen dürfte. In E. gewann man zwei der bemitteltsten Einwohner, daß sie nach Babadag gingen und für den Anschluß der Dobrudscha an Bulgarien stimmten. Man hatte ihnen das Versprechen gegeben, daß ihnen nach Friedensschluß das Primariat (Gemeindevorstandsamt) zufallen sollte. Ein Einwohner türkischer Abstammung, dem man allerdings solche Aussichten nicht eröffnen konnte, erfüllte den Wunsch der bulgarischen Abgesandten in Soldatenmütze nicht.

Von solchen Beispielen ausgehend, kann man wohl schließen, daß die bulgarischen Nationalisten mit den bestellten, keineswegs aus freier und geheimer Wahl hervorgegangenen Vertretern bulgarischer Abstammung auf dem Kongreß unter sich waren. Die großbulgarischen Schwärmer haben mit diesem Kongreß der bulgarischen Frage einen alles anderen als guten Dienst erwiesen. Die Anmerkung der Dresdner Volkszeitung zu der Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur über die Konferenz in Babadag:

„Selbstverständlich kann das Schicksal der Dobrudscha nicht nach dem Wunsche bulgarischer Nationalisten, sondern nur im Zusammenhang mit den gesamten Völkerproblemen des Ostens entschieden werden."

trifft in weitem Maße, besonders aber für den Balkan zu, der schon immer alt Hetzenfiel Beunruhigungen hervorzurufen hat, weil nicht politisch und wissenschaftlich abwägende, sondern kein Ziel und Maß beobachtende nationalistische Treiber die Richtlinien stark beeinflußten.

s.

Der Mißbrauch des Belagerungszustandes.

Am Sonnabend setzte der Hauptausschuß des Reichstags die Beratung über den Belagerungszustand fort.

Abg. Trimborn (Zentr.) erkannte an, daß die Zensur eine schwere Aufgabe zu erfüllen habe. Aber nach jahrelangen Erfahrungen muß auch seine Partei zu dem Gesamturteil kommen, daß es sich nicht um vereinzelte Mißgriffe handelt, sondern daß sowohl auf Gebiete der Zensur als auch auf dem des Vereins- und Versammlungswesens

willkürlich und ungerecht gegen die Anhänger der Reichstagsmehrheit vorgegangen wird. Gegen sie lassen die Militärbehörden sogar die unflätigsten Beschimpfungen zu. Wenn sich dann die Betreffenden verteidigen wollen, verhindern die Militärbehörden unter dem Vorwande, der Burgfriede müsse gewahrt werden. [illegible] eines Vertreters des Kriegsministeriums: „Was sollen wir denn tun?" Abg. Ebert: „In anderen Fällen wissen Sie das nur zu gut." Der Kriegsminister hat sich gestern auf ein Gutachten berufen, nach dem die Vaterlandspartei keine Partei sein sollte. Was ist das für ein Gutachter sein, der ein so unmögliches Gutachten abgegeben hat. Der Belagerungszustand soll dazu dienen, die Moral im Heere aufrecht zu erhalten, die Gefährdung der militärischen Maßnahmen zu verhindern und die öffentliche Sicherheit zu wahren. Darüber hinaus aber darf die politische Freiheit der Soldaten und Bürger nicht eingeschränkt werden. Und wie sehen wir jetzt? Daß militärische Behörden den Belagerungszustand ausnutzen, um die Politik der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung zu bekämpfen. Der letzte Erlaß des Kriegsministers muß zweckmäßige Richtlinien zu ziehen. Weshalb ist der Erlaß nicht veröffentlicht worden? Und warum hat er so wenig [illegible] die Autorität des Kriegsministers nicht genügt gegen [illegible] der Generalkommandos. Das läßt den Kriegsminister in wenig erfreulichen, wenig günstigen Lichte erscheinen. So kann es nicht weitergehen. Unsere Geduld ist jetzt am Ende. Wenn es nicht besser wird, müssen wir erwägen, [illegible] das Gesetz über den Belagerungszustand geändert werden.

Kriegsminister v. Stein: Jene Schmähungen sind in solchen Fällen vorgekommen, die nicht der Vorzensur unterstehen. In diesen Fällen konnte von der Zensur erst nachträglich eingeschritten werden; [illegible] ist auch geschehen. Kein Generalkommando hat bisher sich [illegible] gegen eine Entscheidung des Kriegsministeriums. [illegible] Einer solchen Vorgang würde es auch niemals [illegible].

Abg. Heine (Soz.): Die Antwort, die gestern Oberst Wahnschaffe in bezug auf das Versammlungsrecht gegeben worden ist, ist ganz ungenügend. So sind im 6. Armeekorps (Schlesien) alle öffentlichen, politischen Versammlungen verboten und die geschlossenen Mitgliederversammlungen müssen erst besonders genehmigt werden, wenn in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Als er vor sechs Wochen von dem neuen Erlaß über die Zensur gehört habe, habe er den Kriegsminister um den Wortlaut des Erlasses ersucht. Das ist abgelehnt worden, weil der Erlaß nur für den inneren Dienstgebrauch bestimmt sei. Die Antwort entspricht in ihrem Inhalt und Ton weder der Bedeutung der Sache noch der Achtung, die der Reichstag und seine Mitglieder beanspruchen müssen. Jetzt stellt es sich heraus, daß die Leitsätze des Erlasses ungenügend sind. Weshalb sind nicht die früheren Verbote aufgehoben worden? — Wie einseitig zugunsten der Vaterlandspartei gehandelt werde, zeigt auch der Vorgang in Heidelberg. Dort haben Studenten den bekannten Protest gegen die Vaterlandspartei herausgegeben. Oesterreicher, die den Protest unterschrieben haben, sind ausgewiesen worden. Dieses Verhalten der Militärbehörden ist begreiflich, da

der Kriegsminister ganz in den Anschauungen der Vaterlandspartei lebt.

Hier ist jetzt nicht mehr mit Resolutionen auszukommen, sondern das Gesetz muß geändert werden. Er schlage daher vor:

Artikel I. An Stelle des § 1 des preußischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 tritt folgende Bestimmung:

Die Verhängung des Kriegszustandes ist zulässig für Gebiete, die teilweise vom Feinde besetzt sind oder in die ein feindlicher Einmarsch unmittelbar zu befürchten ist.

Für Gebiete, auf die dies nicht zutrifft, ist der Kriegszustand aufzuheben.

Artikel II. Wo auf Grund des § 1 oder § 2 Absatz 1 des preußischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 der Kriegszustand erklärt ist, ist für die auf Grund desselben zu treffenden Maßregeln, soweit sie sich gegen die Rechte von Zivilpersonen auf persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung des Eigentums, der Freiheit in Wort und Schrift sich zu äußern und sich in gesetzlicher Weise zu versammeln, richten, die obere Verwaltungsbehörde zuständig.

Artikel III. Gegen die von der oberen Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen kann jede davon betroffene Person Beschwerde erheben.

Artikel IV. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Reichsausschuß für die Prüfung der Maßregeln des Kriegszustandes.

Artikel V. Der Reichsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Beisitzern. Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Beisitzer werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt. Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Diese Bestimmungen gehen ihm, dem Redner, zwar nicht weit genug, aber für sie sei auf eine große Mehrheit zu rechnen.

Abg. Jungk (natl.) beantragt, daß der letzte Erlaß des Kriegsministers gedruckt und dem Ausschuß zugestellt werde.

Der Kriegsminister sagte das zu. Ob er gerne oder ungerne Kriegsminister sei, sei seine Sache. Unter allen Umständen aber habe er seine Pflicht zu tun, und werde sie tun. Der Minister verliest einen Erlaß aus diesem Monat, nach dem pazifistische Schriften veröffentlicht werden können, wenn sie streng wissenschaftlich sind und nicht zur Propaganda benutzt werden.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Die Verhältnisse sind unter dem Belagerungszustande immer schlimmer geworden. Die Militärbehörden gehen

mit einer Schärfe, Maßlosigkeit, Ungerechtigkeit

vor, wie es niemals für möglich gehalten worden ist. Der neue Erlaß wäre ein Fortschritt, wenn er gewissenhaft durchgeführt würde. Aber viele Behörden richten sich gar nicht danach; sie pfeifen auf derartige Erlasse. Vor fünf Monaten habe er dem Reichskanzler in einer Eingabe eine Reihe Beschwerden vorgetragen. Die Antwort ist noch immer nicht eingetroffen. Inzwischen gehen die Verfolgungen und Unterdrückungen weiter, sind zahlreicher und gehässiger geworden. An der Front wird ein unzulässiger Druck zum Beitritt zur Vaterlandspartei ausgeübt. In weiten Bezirken werden alle Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie verboten. Er selbst könne nicht einmal in seinem Wahlkreise seinen Wählern Bericht erstatten über die Tätigkeit des Reichstags. In Berlin werden sogar die Zahlabende polizeilich überwacht und zum Teil unterdrückt. Kautsky darf keine Zeitschrift herausgeben. Die Petersburger Telegraphen-Agentur hat am 15. Januar gemeldet:

Wolff-Meldungen über Friedensverhandlungen entstellen deren wahren Sinn. Kühlmann erklärte: Die Deutsche Regierung behalte sich Streichung jeder Mitteilung vor, die die Volksmassen in Deutschland aufregen könnte.

Am letzten Mittwoch haben der Parteivorstand und die Fraktion der österreichischen Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf erlassen für den sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Der Aufruf konnte in Oesterreich gedruckt werden, bei uns ist der Abdruck verboten. Auch der Antrag Heine ist ungenügend. Der Belagerungszustand muß ohne weiteres aufgehoben werden.

Abg. Erzberger (Zentr.) schlägt vor, daß ein Unterausschuß von zehn Mitgliedern den Antrag Heine zu einem gemeinsamen Antrag des Ausschusses umarbeite. Das ist unbedingt notwendig. Auch muß festgestellt werden, ob der Belagerungszustand, wie Abg. Heine betont hatte

nur im Widerspruch mit dem Gesetz

auf das ganze Reich ausgedehnt werden könnte. Wenn das richtig ist, muß der Reichstag daraus die nötige Folge ziehen. Die Zensur wird planmäßig mißbraucht, um die Agitation der Vaterlandspartei zuzulassen, eine Gegenagitation aber zu verhindern. Da es jetzt feststeht, daß die Vaterlandspartei eine Parteiorganisation ist, müssen auch die beiden Vorsitzenden, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Herr v. Tirpitz aus der Vaterlandspartei austreten, da sie zu den Militärpersonen gehören. Wie steht es damit, daß den Soldaten der Verkehr mit Reichstagsabgeordneten verboten worden ist?

General v. Wrisberg: Bis jetzt ist noch kein solches Verbot festgestellt worden.

Dann wurde der

Unterausschuß für den Antrag Heine

beschlossen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden dazu die Abgg. Ebert und Heine entsendet. Ferner wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die Papierlieferungen an die verschiedenen Zeitungen prüfen soll. Ihm gehört von der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Fischer (Berlin) an.

Nächste Sitzung Dienstag, nachmittags 3 Uhr.

Deutsches Reich.

Die politische Aussprache im Ausschuß des Reichstags.

Nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsleitung und den Parteiführern wird, wie das Berl. Tagbl. berichtet, die politische Aussprache im Hauptausschuß des Reichstages nunmehr voraussichtlich am Donnerstag ihren Anfang nehmen. Wahrscheinlich wird schon an diesem Tage der Reichskanzler Graf Hertling die angekündigte große Rede halten. Staatssekretär von Kühlmann, der gleich seinem österreichischen Kollegen Grafen Czernin die Abreise Trotzkis nach Petersburg auch seinerseits zu einem Besuche in die Heimat benutzt, trifft am Montag abend in Berlin ein. Es wird als selbstverständlich erwartet, daß der Staatssekretär von Kühlmann alsbald Gelegenheit nehmen wird, sowohl mit den verantwortlichen Stellen der Reichsleitung wie auch mit den Parteiführern über die Ergebnisse und Aussichten in Brest-Litowsk zu konferieren.

Ausland.

Frankreich.

Die beschlagnahmten Schriftstücke Caillaux'.

Die Pariser Regierungspresse konnte nicht erklären, daß die bei Caillaux beschlagnahmten Schriftstücke sich nur auf die Bildung einer neuartigen parlamentarischen Regierung beziehen. Was über eine geplante Anwendung von Gewalt in die Oeffentlichkeit gedrungen, verwies Caillaux' Anwalt, Geocaldi, ins Gebiet der Phantasie.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 20. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ostende wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern die spät in die Nacht hinein an.

Zu beiden Seiten der Lys, am La Bassée-Kanal sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtstätigkeit zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe.

Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Maasgebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein—Marne-Kanal ein.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Dresdner Polizeibericht vom 21. Januar.

Die Taschendiebpatrouille der hiesigen Kriminalpolizei hat am Sonnabend abermals an der Straßenbahnhaltestelle am Postplatz einen Taschendieb auf frischer Tat beobachtet und festgenommen. Es wurden ihm 24 Taschendiebstähle nachgewiesen.

Letzte lokale Nachrichten.

kf. Am 18. Januar mittags stürzten zwei Teile eines Propellers von einem Flugzeug, der die Vorstadt Pieschen überflog, auf das [illegible] Schlachthofgelände, dann auf die Dresdnerstraße herab, ohne glücklicherweise jemand zu treffen oder sonstigen Schaden anzurichten. Das Flugzeug soll bald darauf ohne Propeller glatt auf dem Flugplatz gelandet sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Messow & Waldschmidt

Kurzwaren

Schneiderei-Artikel

[S 174

Mengenabgabe vorbehalten

Wäscheknöpfe in vorzüglichen Qualitäten Dutzend 14. 12. **8 ₰**

Wäscheknöpfe solide Qual., verschied. Grössen, Karte = 5 Dtzd. **75 ₰**

Wäschebörtchen bestickt, Stück = 10 Mtr. Stück 95. **75 ₰**

Wäschebogen besteckt und mit Hohlsaum . Meter 18. 15. **10 ₰**

Kind.-Strumpfhalter Paar 1.50. 1.10. **95 ₰**

Dam.-Strumpfhalter Paar 1.75. **75 ₰**

Blusen-Knöpfe in Glas, reizende Formen und Muster Dutzend 38. 20. **10 ₰**

Mantel-Knöpfe auch für Jackenkleider geeignet, in Zelluloid . . . . Dutzend 1.25. 95. **75 ₰**

Nähnadeln mit Goldöhr Brief = 25 Stück **10 ₰**
Blitznähnadeln, Brief (25 Stück) **14 ₰**
Stecknadeln . . . Brief **6 ₰**
Stahlstecknadeln mit bunten u. schwarz. Köpfen . Brief = 100 Stück **25 ₰**
Stopfnadeln, Brief = 25 St. **25 ₰**
Maschinennadeln, Singer Dutzend **45 ₰**
Haarnadeln, glatt . . Paket **5 ₰**
Haarnadeln, glatt u. gewellt Karton **8 ₰**
Haarnadeln, „Ideal", glatt Paket **22 ₰**
Stahl-Sicherheitsnadeln weiss und schwarz Dutzend 22, 20, **17 ₰**
Kopierrädchen . . . 45, **25 ₰**
Stopfpilze . . . . . **28 ₰**

Rocktresse, Wolle, 4-5cm br., schwarz Meter 1.20, 1.10, **85 ₰**
Rocktresse, Kunstseide, in vielen Farben . . Meter **75 ₰**
Rocklitze Wolle, in vielen Farben . . . Meter **30 ₰**
Miedergarn, schwarz, Meter **50 ₰**
Rockstoß, Eisengarn, 8 cm breit, schwarz . . Meter **55 ₰**
Jaconetband in vielen Farb., Stück = 10 Meter 85, 65, **45 ₰**
Kittelschnuren in vielen Farben . . Stück **55 ₰**
Blusenschnuren, Kunstseide in vielen Farben . . Stück **1.50**

Stahllockenwickel, Karton **15 ₰**
Lockennadeln . . . Paket **5 ₰**
Lockennadeln, „Komtess" Brief **10 ₰**
Kragenstäbe, „Spiral" schwarz und weiss, Dutzend **25 ₰**
Kragenstäbe, auswechselb. in Handhülle, Karte = 4 St. **15 ₰**
Kragenstäbe, auswechselb. mit Ersatznadeln . . Paar **12 ₰**
Rockhenkel aus Stoff, Stück **2 ₰**
Druckknöpfe, weiss und schwarz . . . . Dutzend **20 ₰**
Bettgimpe, St. = 10 Mtr., 95, **75 ₰**
Bettsenkel . . . . Stück **22 ₰**
Patent-Hosenknöpfe Dutzend 20, **18 ₰**
Taillenschließen . . . . **18 ₰**
Vitragenschnur . . Meter **14 ₰**
Bleiband, weiss, grau, schwarz . . . . . Meter **30 ₰**
Strumpfband, Mechanik. Paar **25 ₰**

Stahl-Stecknadeln vernickelt, Dose = 50 g **55 ₰**

Stahl-Sicherh.-Nad. sortierte Grössen Karton mit 8 Dtzd. Inhalt **55 ₰**

Stahl-Haarnadeln glatt und gewellt Karton = 25 Stück **8 ₰**

Kragenstäbe aus Zelluloid Dutzend **15 ₰**

Stirn-Haarnetze verschiedene Grössen Stück 1.20. **85 ₰**

Haubennetze alle Farben . Stück **1.50**

Nährmittel-Verteilung.

§ 1. **Von den für die Stadt Dresden** auf die Zeit vom 20. Januar bis 16. **Februar** 1918 **ausgegebenen Nährmittelkarten** werden zunächst beliefert:

a) Abschnitt I der gelben Nährmittelkarte A mit **1 Pfund Grieß**
b) Abschnitt I der roten Nährmittelkarte B mit **¾ Pfund Grieß**
c) Abschnitt I der grünen Nährmittelkarte C mit **½ Pfund Graupen**
d) Abschnitt I der blauen Nährmittelkarte D mit **¾ Pfund Grieß.**

§ 2. Die Anmeldung der Abschnitte in einem Kleinhandelsgeschäfte hat am **21. oder 22. Januar 1918** zu erfolgen.

§ 3. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte **getrennt** nach der Art der Karten (A oder B **oder** C **oder** D) in die Kundenliste einzutragen, **getrennt** aufzurechnen und alsdann **getrennt** in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Firmenaufschrift oder -aufdruck versehen, der zuständigen Meldestelle **am 23. oder 24. Januar 1918** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

Wer gefälschte Abschnitte oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Abschnitte macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Als Meldestellen sind eingerichtet:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Altstadt:
die Firma **Wachs & Flößner,** Wallgäßchen 4:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Neustadt:
die Firmen **Roßack & Baldamus,** Kleine Backoffstraße 8, **Bramann & Co.,** Königsbrücker Straße 6.

§ 4. Die Kleinhandelsgeschäfte und Meldestellen haben insbesondere darauf zu achten, daß sie nur je den Abschnitt I der Nährmittelkarte und diesen auch nur dann beliefern, wenn er mit dem Stempelaufdruck **„Stadt Dresden"** versehen ist.

§ 5. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 28. Januar 1918 erfolgen, widrigenfalls sich der Kleinhändler strafbar macht.**

§ 6. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 32 Pf. für ein Pfund Grieß und 36 Pf. für ein Pfund Graupen.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Dresden, am 19. Januar 1918.

Der Rat zu Dresden.

Gewerkschafts-Kartell Dresden.

Freitag den 25. Januar 1918, abends 8 Uhr, im **Volkshaus**

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Gewerkschaften u. Uebergangswirtschaft

Referent: Genosse **Dr. Braun,** Nürnberg. — **Debatte.** [S 468

Zu dieser Versammlung sind die Verwaltungsmitglieder und Vertrauensmänner der Gewerkschaften höflichst eingeladen. Pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Große Wohltätigkeits-Vorstellung

zum Besten verschämter Armer, veranstaltet von Herrn Otto Taffer

Morgen Dienstag den 22. Januar 1918, abends 7 Uhr, im Albert-Theater

Die Jüdin

Große Oper in fünf Akten
Musik von **Halevy.**

Musikalische Leitung: Kapellmeister **Kurt Kretzschmar** Königl. Hofoper
Spielleitung: **Alexander D'Arnals,** Oberregisseur Königl. Hofoper

Hauptmitwirkende: Kardinal Brogni . Königl. Kammersänger Prof. **Leon Rains**
Eleazar . . . . **Otto Taffer** Recha . . . . **Lotte Gassner**

Im 3. Akt: **Ballett-Pantomime,** ausgeführt von **Frida Hess,** Königl. Solotänzerin **Arthur Dietze,** Königl. Solotänzer und **30 Damen vom Ballettkorps.** [S 165

Karten: 15 M. bis 1 M. in der Kunsthandlung **Besser,** Ringstr., im Kgl. Sächs. **Invalidendank,** König-Johann-Str., und an der Kasse des Albert-Theaters.

Wir empfehlen:

Die soziale Bilanz des Krieges

Von **Parvus.**

Preis 25 Pf., per Drucksache zugesandt **30 Pf.**

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung Dresden,** Wettinerplatz 10.

W. Morris:

Runde von Nirgendwo

Ein utopischer Roman
Herausgegeben von Wilh. Liebknecht.
Preis 1.25 M.

Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10

Goethes Werke

Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10.

SARRASANI

Allabendlich 7½ Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3½ Uhr. Nur noch bis 29. Januar:

Friede auf Erden

Die wilden **Löwen** — Die lustigen **Affen** — Die possierlichen **Kakadus**

Vorverkauf Residenz-Kaufhaus

[S 59]

Sarrasani-Trocadero: 6 bis 11½ Uhr **Neuer Spielplan!!**

Musenhalle. [S 87

Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahnl. 7, 13, 22
Täglich abends 8.10 Uhr. Heute neues Programm!

Die Hochzeitsreise Lustspiel in zwei Akten n. R. Benedix
und der neue vorzügliche Detektiv.

Ab 24. Januar:
Die sens. Detektivmusik **Sherlok Holmes,** 4 Akte.

Mittwochmittag 1 Platz 20 Pf.

Achtung! Kaufe alte Gebisse

Zahle pr. **Zahn 55 Pf.,** für **Platin** per Gr. Höchstpreis 7.50 M.
Alte Taler und **Münzen**
Zeitungen
Druck- u. Schreibpapier zahle per Kilo **25 Pf.**
Ausgekämmt. **Frauenhaar**
Bindfaden, alte Kämme
Hausmann, Tel. 12 [illegible]
nur Webergasse 23, 1.
Sonnabd. geschlossen. [S 888

•Möbel•

aller Art, und **Federbetten** preiswert zu verk. [S 840
Langermann, Gr. Brüdergasse 11, 1., Eing. Quergasse.

Adelheid Popp:

Aus meinen Erinnerungen

Kindheit und Mädchenjahre. Aus der Agitation u. anderes.
Preis 1.25 Mark.

Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10

Eing. Kinderwagen und Klappwagen bill. zu verk. Oppelstr. 2, 1.

Maschinenschlosser, Dreher Horizontalbohrer [S 24
in dauernde Beschäftigung sucht
Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Kutscher

und des Fahrens kundige Frauen sucht
Posthalterei Dresden, Feldschlösschenstr. 4.

Geübte
Strohhut-Maschinen-Näherinnen
für alle Geflechte sucht
Edgar Rietz Nchf., Strohhutfabrik
Katechetenstraße 4.

Zeitungsausträgerin gesucht!

Zu melden bei **Zimmermann,** Elisenstr. 21, 4

Reisewerke!

Korea, das Land des Morgenrots.

Nach Reisen geschildert von **Angus Hamilton**
Mit 114 Abbildungen. — Preis 4.50 Mark.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Nachdem wir meine liebe Gattin, unsere sorgende Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin, Nichte und Tante

Frau Martha Haufe geb. Günther

zur letzten Ruhe gebettet haben, sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern den **herzlichsten Dank** für den zahlreichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte. Besonderen Dank Herrn Pastor Schreckenbach für die trostreichen Worte am Grabe.

Dresden, Oberbeckstr. 8, 2., den 18. Januar 1918.

In tiefer Trauer:
Willi Haufe, zur Zeit im Felde
nebst Kindern und allen Angehörigen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Sachsens Industrie.

Schon oft ist darauf hingewiesen worden, daß Sachsen seiner Textilindustrie wegen an der Wiedererringung neuer Absatzgebiete besonders interessiert ist. Von diesen Industriezweigen kommt nach einer Abhandlung B. S. in einer bürgerlichen Zeitung in erster Linie die sächsische Textilindustrie in Betracht. In dieser sind fast ein Drittel aller in Deutschland in diesen Erwerbszweigen beschäftigten Personen tätig. Von der gesamten auf 200 Millionen Mark Wert geschätzten jährlichen Einfuhr an Wolle und Baumwolle verbraucht Sachsen rund ein Viertel. Neben der Textilindustrie treten die anderen Gewerbezweige in ihrer Bedeutung für Sachsen zurück. So erreicht die Zahl der in der Metallverarbeitung tätigen Personen nicht die Höhe, die Sachsen nach seinem Anteil an der deutschen Industrie haben müßte. Nur in einem Zweige der Blechwarenfabrikation machen sie fast ein Drittel aller in Deutschland darin Tätigen aus. In der Herstellung von Blechverpackung und Plakaten, in ihrer Veredelung durch Bedrucken und sonstige Ausstattung findet die sächsische Industrie keinen ebenbürtigen Wettbewerb auf dem Weltmarkte. Diese hohe Entwicklung hängt mit der großen Entfaltung dieser Gewerbezweige zusammen, die Blechpackungen brauchen und deren Erzeugnisse mit Hilfe der Reklame verbreiten, wie die Schokolade-, Kaffeegenußmittel-, Fahrrad-, Nähmaschinen-Industrie, vor allem aber die Zigarettenindustrie, die reklamereichste deutsche Industrie. Trotz des starken Bedarfs im Inlande werden immer noch für 25 bis 30 Millionen Mark Blechwaren ins Ausland ausgeführt. Von der Spielwarenindustrie arbeitet ein großer Teil unmittelbar für andere in Sachsen blühende Gewerbezweige, wie die Holzbearbeitungs-, Lederwaren-, Papier-, Kartonnagen-, Buchbinderei-, Brauerei-, Schokoladen-, Zigarettenmaschinenfabrikation. Die Industrie elektrischer Maschinen, Apparate und Instrumente ist auch auf dem Weltmarkte besonders durch Herstellung hochwertiger Erzeugnisse stark tätig. Gerade in diesen Zweigen, für die die Riesenbetriebe kennzeichnend geworden sind, ist Sachsen ein Land der Mittelbetriebe geblieben.

Der Wert der jährlichen Gesamtausfuhr an sächsischen Maschinenindustrieerzeugnissen ist mit 90 bis 100 Millionen Mark wahrscheinlich zu hoch gegriffen. Den stärksten Anteil daran haben die Spezialmaschinenbetriebe, denen überhaupt die Zukunft gehören dürfte. Denn in der Spezialisation mit Massenherstellung liegt ja auch der Grund zu den beispiellosen Erfolgen der Amerikaner bei der Ueberschwemmung anderer Länder mit ihren Schreibmaschinen, Kontrollkassen, Nähmaschinen usw. In der Herstellung photographischer und anderer Apparate herrscht heute die heimische Industrie unbestritten. Das europäische Zentrum dafür ist Sachsen und hier wieder Dresden. Nur die amerikanische Kodakgesellschaft ist ihr ein annähernd ebenbürtiger Wettbewerber. Für drei bis vier Millionen Mark wurden sächsische Kameras vor dem Kriege ausgeführt. Erinnert man sich dann noch der Geigen- und Musikinstrumentenherstellung, der umfangreichen Leder- und Papierwarenindustrie, der Holzspielwaren- und Geflechtindustrie, deren Mittelpunkt in Europa wiederum Dresden bildet, des Reisegewerbes, des Rauchwarenhandels und der Rauchwarenzurichterei und anderer, die alle in Sachsen ihren fast ausschließlich oder vorzugsweisen Standort haben, und daran, daß deren Erzeugnisse eine hervorragende Rolle in der Ausfuhr spielen, so leuchtet ein, daß die sächsische Industrie und auch der sächsische Arbeiter ein großes Interesse an dem Abschluß von Handelsverträgen nach dem Frieden hat.

Agrarierdank an Kriegsteilnehmer.

Bei jeder Gelegenheit wird den Kriegsteilnehmern in allen Tonarten der Dank abgestattet und ihre unvergleichlichen Heldentaten als unvergeßlich gepriesen. Wie es aber damit in der Tat aussieht, zeigt das Vorgehen des Rittergutes Baselitz bei Priestewitz. Ein dort wohnender, verheirateter Bediensteter, der seit 1915 im Felde steht, erhielt nachfolgendes Schreiben auf den Kriegsschauplatz nachgesandt:

Fernsprecher: Amt Großenhain Nr. 146.

Mitteilung
vom Rittergut Baselitz.

Baselitz, den 1. Januar 1918.
Post- und Bahnstation Priestewitz.

An den
Fahrer (folgt Vor- und Zuname)
Mun.-Kol. Res.-Art.-Rgt., Batterie.

Im Interesse der sachgemäßen Bewirtschaftung hiesigen Rittergutes bin ich genötigt, mir die Wohnungen mit Familien zu besetzen, die ständig auf Arbeit kommen. Aus diesem Grunde kündige ich Ihnen hiermit die Gutswohnung und das Dienstverhältnis zum 1. April d. J.

Der Inspektor (gez.) G. Hertrampf.

Das Schreiben spricht für sich und bedarf keines weiteren Kommentars. Der Mann hat ja nur fast drei Jahre alle Tage sein Leben in die Schanze geschlagen, damit die Herrschaften auf dem Rittergut Baselitz in Ruhe und Frieden leben und zu hohen Preisen ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Mann bringen konnten. Aus Dankbarkeit wird nun seine Familie auf die Straße gesetzt, weil er nicht ständig auf Arbeit kommen kann, und ihm das noch ins Feld hinaus mitgeteilt. Es geht doch nichts über die Dankbarkeit gewisser Agrarier. Vielleicht bringt man die Herrschaften des Rittergutes Baselitz mal in nähere Berührung mit dem Kriegsschauplatze, damit sie lernen, daß man nicht zu gleicher Zeit tagtäglich sein Leben für die Sicherheit des Vaterlandes aufs Spiel setzen kann und dabei in der Heimat auch noch „ständig seine Arbeit" zu verrichten vermag. Der Empfänger des Briefes könnte ja während dieser Zeit beurlaubt werden.

Neue Höchstpreise für Möhren und Rüben.

Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern beträgt der Erzeuger-Höchstpreis pro Zentner für weiße Kohlrüben 2,75 M., gelbe Kohlrüben 3,25 M., weiße und gelbe Kohlrüben gemischt 3,— M., Stoppelrüben (Herbst-, Wasser- und Mairüben) 2,— M.

In den Preisen sind die Zuschläge für das Einmieten enthalten. Es ist verboten, neben diesen Preisen irgendwelche Beträge für das Einmieten oder die damit zusammenhängenden Arbeiten zu berechnen.

Im Gebiete der Kreishauptmannschaften Bautzen, Chemnitz, Dresden und Leipzig gelten für die nachstehend genannten Gemüse die folgenden Höchstpreise:

	Großhandelspreis je Zentner	Kleinhandelspreis je Pfund
Weiße Kohlrüben	5,— M.	9 Pf.
Gelbe Kohlrüben	6,— „	10 „
Weiße und gelbe Kohlrüben gemischt	5,25 „	9 „
Stoppelrüben (Herbst-, Wasser- und Mairüben)	4,— „	7 „
Möhren:		
Gelbe Speisemöhren	10,— „	15 „
Rote Speisemöhren und längliche Karotten	15,— „	18 „
Futtermöhren	5,— „	8 „

Der Erzeugerhöchstpreis für Runkelrüben wird auf 2,75 M. für den Zentner festgesetzt.

Die Straßenbahnfrage im Ministerium.

Im Finanzministerium fand dieser Tage unter dem Vorsitz des Staatskommissars für elektrische Straßenbahnen eine Sitzung statt, zu der außer den Vertretern der Kriegsamtstellen Leipzig und Dresden auch Vertreter der elektrischen Straßenbahnen und der beteiligten Stadtverwaltungen eingeladen waren. Man beschäftigte sich im wesentlichen mit zwei Fragen: Maßnahmen zur Beschaffung von Materialien und Maßnahmen zur besseren Bewältigung des Straßenbahnverkehrs.

Plauen. Oeffentliche Wärmestuben hat der Rat in Plauen in der Süd- und Ostvorstadt eröffnet. Die Stuben werden täglich früh 8½ Uhr geöffnet und können bis abends 8½ Uhr ununterbrochen benutzt werden. Sie sind in früheren Gastwirtschaften untergebracht und werden hauptsächlich von Kindern benutzt.

Oelsnitz i. V. Ein aus dem Heeresdienste entlassener Soldat sowie dessen Ehefrau und Tochter wurden vom hiesigen Schöffengerichte, und zwar der erstgenannte zu zwei Monaten, die beiden letztgenannten zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt wegen unberechtigter Fortentrichtung von Kriegsunterstützung nach erfolgter Entlassung des Familienvorstandes. — Dasselbe Gericht verurteilte einen Kohlenhändler, der in mehreren Fällen die Abgabe eines Holzhandels von der gleichzeitigen Entnahme eines Zentners Steinkohlen abhängig gemacht hatte, zu 200 M. Geldstrafe.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von Glück im Unglück kann eine Streckenarbeiterin reden, die auf dem Bischofswerdaer Bahnhofe auf dem Gleise arbeitete. Sie überhörte das Herankommen einer Maschine mit Packwagen, wurde von ihr erfaßt und fiel zwischen das Gleis. Beim Sturz kam sie aber so glücklich zwischen die Schienen zu liegen, daß die Wagen über sie hinwegfuhren und sie nur an Kopf und Rücken leicht verletzten. — Der Himmelerlehrling Walter Ulbrich in Frankenberg wurde auf der Parkstraße am Donnerstag vormittag so unglücklich von einem Glamm getroffen, daß er das Genick brach und sofort tot war. — Durch den Sturmwind wurde in Kirchberg der 30 Meter hohe Fabrikschornstein des J. G. Wolfschen Betriebes umgeworfen. Die Trümmer durchschlugen das Dach eines Fabrikraumes in dem sich kurze vorher noch eine Anzahl Leute aufgehalten hatten. Auch auf der Straße wurde niemand verletzt. — In der Carpzowstraße in Leipzig-Reudnitz hatte eine Mutter ihren sechs Jahre alten Knaben gebadet und zum Erwärmen auf eine am Küchenofen stehende Küchenbank gestellt. Diese ist mitsamt dem Knaben umgefallen und letzterer mit dem Kopfe auf den Fußboden aufgeschlagen, wodurch sich der Kleine einen Schädelbruch zugezogen hatte an dessen Folgen er verstarb. — Ein Menschenleben hat in Obersoderwitz das Thermometer der letzten Tage gefordert. Eine unbekannte, etwa 60 Jahre alte Frau, anscheinend dem Arbeiterstande angehörig, wurde vom Sturm erfaßt und in den Wogen der Schneeschmelze hochangeschwollenen Dorfbach geschleudert, in dem sie ertrank.

Stadt-Chronik.

Mehr Nährmittel für Dresden.

Bekanntlich ist die Verteilung der Nährmittel aus der Ernte 1917 auf die Zeit zurückgestellt, in der die Produkte, die in unverarbeitetem Zustande auf dem Lebensmittelmarkt erscheinen — Frischgemüse usw. — seltener werden. Nährmittel ist ein Sammelbegriff verschiedener Lebensmittel, darunter fallen Grieß, Graupen, Grütze, Haferprodukte, Suppen und alle Arten Teigwaren. Den verschiedenen Arten dieser Produkte entsprechend ist auch die neue Nährmittelkarte, die bei der letzten Lebensmittelkartenausgabe den Konsumenten ausgehändigt wurde, in ihrer Aufmachung differenziert. Durch die neue Karte kommen die Ausweise für Jugendliche und die Grießkarten in Wegfall, diese sind jedoch in der Belieferung der Nährmittelkarte inbegriffen. Die Nährmittelkarten sind eingeteilt in A, B, C und D. Die A-Karte gilt für Verbraucher im Alter von 1 bis 4 Jahren. Hier setzt in erster Linie die Säuglingsernährung ein, auch fällt die Sonderzulage für Mütter mit darunter. Diese Karte soll in den nächsten Monaten mit 1 Pfund Grieß, 1 Pfund Gerstenmehl und ½ Pfund Haferprodukte, außerdem mit 1½ Pfund Nährmitteln für Mutterzulage beliefert werden, so daß 4 Pfund Nährmittel auf Karte A zu erwarten sind. — Die Karte B hat Geltung für Verbraucher von 5 bis 18 Jahren, darunter fallen die Jugendlichen, und sie wird beliefert mit ¾ Pfund Grieß, 1 Pfund Suppen und ¼ Pfund Hafernährmitteln. — Die Karte C ist für alle über 18 Jahre alten Personen bestimmt und wird darauf erstmalig geliefert ½ Pfund Graupen, ½ Pfund Teigwaren und ½ Pfund Sago oder Graupen. — Für Personen im Greisenalter, die bisher Grießzulagen erhielten, hat die Karte D Geltung. Auf diese sind erhältlich ¾ Pfund Grieß, ½ Pfund Teigwaren und ¾ Pfund Sago. Um die Verteilung der verschiedenen Warengattungen zu ermöglichen, sind die Nährmittelkarten in Abschnitte I, II, III eingeteilt. Teilnehmer an Volksküchenspeisungen müssen Abschnitt I der Nährmittelkarte an die betreffende Volksküche abliefern. Mit der Verteilung der Nährmittel wird baldigst begonnen werden.

Um eine gleichmäßigere Verteilung solcher Nahrungsmittel, welche zu kopfweiser Rationierung nicht ausreichen, zu ermöglichen, wird für die Zukunft eine Haushaltungskarte neben den Lebensmittelkarten erscheinen. Um dem Stärkeverhältnis der Haushaltungen Rechnung zu tragen, werden die Haushaltungskarten in solche für Familien von 1 bis 4 Personen und solche über 4 Personen zerfallen. Gedacht ist diese Karte für Waren, die nach Gewicht oder Stückzahl nicht für die allgemeine Verteilung ausreichen und auf Familien umgelegt werden müssen. Hierunter fallen kondensierte Milch, Heringe, Magermilch, Quark und dergleichen.

Die Zulage für Schwangere wird von 1600 Gramm auf 2000 Gramm für vier Wochen erhöht und somit der Schwerarbeiterzulage gleichgestellt.

Seit der letzten Milchpreissteigerung hat sich die Milchzufuhr nach Dresden in glatteren Bahnen bewegt. So erfreulich dieses Resultat ist, so betrübend und bedauerlich ist es, daß immer und immer wieder der Preis-Anreiz notwendig ist, um genügende Zufuhren zu erreichen. Leider wird die günstigere Milchzufuhr in der Zeit, in der das Grünfutter fehlt, etwas beeinträchtigt werden.

Die Versorgung mit Speisefett ist der Bevölkerung in dem bisherigen Quantum bis auf weiteres sichergestellt. Es wird auch in den Monaten Februar und März an Stelle von Butter einige Male ein Teil Schweinefett, das freilich etwas teurer wie Butter sein wird, verteilt werden können.

Die Zufuhren von Quark haben die Menge erreicht, die Dresden von der Kriegsverteilungsstelle zugewiesen waren. Durch weitere Zufuhr bei den Selbstversorgern soll nun Wandel geschaffen werden.

Schweineschlachtungen in der Dunkelkammer.

Vor einigen Wochen war es mit Hilfe der Copitzer und Pirnaer Polizei dem Schleichhandelsamt zu Dresden gelungen, in Copitz a. Elbe in dem Grundstücke des Dachdeckermeisters Hähnel eine große Winkelschlächterei zu entdecken, und im Anschluß hieran wurde mitgeteilt, daß eine große Anzahl angesehener Pirnaer und Copitzer Bürger aus dieser Geheimschlächterei erhebliche Mengen Fleisch- und Wurstwaren bezogen hätten. Jetzt stand der Geheimschlächter mit mehreren Genossen, nämlich seiner Ehefrau, dem Papierfabrikdirektor Schmidt in Copitz und dem Fleischer Frenzel in Dresden, vor dem Pirnaer Schöffengericht, um sich wegen zahlreicher Straftaten zu verantworten. Der Hauptangeklagte Hähnel kaufte im Jahre 1917 in zahlreichen Fällen fette Schweine — angeblich Zuchtschweine — von Landwirten auf. Er hatte in seinem Grundstücke in Copitz eine mit allen Fleischerei-Einrichtungen ausgestattete Schlächterei eingerichtet. In einem abgeblendeten Raume, der von der Straße aus nicht beobachtet werden konnte, wurden die heimlichen Schlachtungen von dem Fleischer Frenzel aus Dresden gegen Entlohnung vorgenommen.

An diesen Geheimschlachtungen beteiligte sich auch der mitangeklagte Papierfabrikdirektor Schmidt in Copitz. Die Ergebnisse der Geheimschlachtungen wurden von der mitangeklagten Ehefrau Hähnel in sicheren Verstecken untergebracht, bis sie von der Kundschaft in Empfang genommen werden konnten, ohne eine Entdeckung befürchten zu müssen. Die Abnehmer des begehrten Schweinefleisches und der delikaten Fleischwürste setzten sich aus der Kundschaft Hähnels, also aus Hausbesitzerkreisen, zusammen. Für diese sorgte Hähnel aber auch noch in anderer Weise. Er kaufte in großen Mengen in Dresdner Geschäften Auslandsfleischwaren ohne Abgabe von Fleischmarken ein, obgleich in Dresden und anderen Städten ein Verbot markenfreien Verkaufs von Auslandsfleisch und -wurst bestand, das aber nur selten beachtet wurde. An seine Kundschaft gab Hähnel diese Auslandswaren „umsonst" ab, nahm aber für die von ihm ausgeführten Dachdeckerarbeiten „erhöhte" Preise. Auch Tauschgeschäfte mit beschlagnahmten Waren betrieb Hähnel, indem er Zucker gegen Samenkartoffeln, Butter gegen Kaffee eintauschte, Obst aus eigenem Garten verbotswidrig verkaufte und aus einer Mühle beschlagnahmtes Gerstenmehl kaufte.

Hähnel gab vor Gericht die Geheimschlachtungen zu. Er habe aber die Tiere als Zuchtschweine gekauft und wegen Futtermangels schlachten müssen. (?) Die Anklagebehörde beantragte gegen H. eine mehrjährige Gefängnisstrafe. Das Gericht, das den Haftbefehl gegen H. aufhob, beschloß, gegen diesen und die übrigen Angeklagten das Urteil am 28. Januar zu verkünden.

Die Sächsische Gußstahlfabrik und ihre Pensionäre

Die Gußstahlfabrik, die in diesem Jahre nach ungeheuren Abschreibungen 30 Prozent Dividende verteilt, läßt durch die hiesige Lokalpresse eine Notiz gehen, in der die Zuweisungen für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Stiftungen hervorgehoben werden. Bei dem äußerst günstigen Abschluß, der sogar einem Aktionär Veranlassung gab, den Antrag zu stellen, eine Dividende von 43 Prozent zu verteilen scheint aber nicht so viel übrig geblieben zu sein, um auch den äußerst kümmerlich entschädigten Pensionären eine wesentliche Zuwendung zu machen. Diese alten Leute, die sich 25 bis 40 Jahre für die Aktionäre abgerackert haben, erhalten eine Pension von 45 bis 70 Mark pro Monat. Einmal sind ihnen als sogenannte Teuerungszulage 10 Mark gewährt worden. Wie man in der Kriegszeit mit diesem Einkommen auskommen soll, das müßten die Herren Direktoren und Aktionäre einmal vormachen. Ein Gesuch der Pensionäre wurde abschlägig beschieden mit der Begründung, daß eine Bedürftigkeit nicht anerkannt werden könne. Kommentar überflüssig!

Liebet eure Feinde!

Wegen verbotenen Verkehrs mit Kriegsgefangenen hatte sich die Häuslersehefrau Auguste Henriette Wolf in Weißig zu verantworten. Sie hatte selbst drei Söhne im Felde, von denen einer gefallen ist. Für einen benachbarten Gutsbesitzer machte sie eine Zeitlang die Wirtschafterin und kochte für das Personal. Dazu gehörten auch zwei französische Kriegsgefangene. Sie gestattete den Gefangenen, daß sie ab und zu in ihre Küche kamen und sich ihren Kaffee bei ihr wärmten. Eines Sonntags baten die zwei Gefangenen Frau W., daß sie mit noch zwei anderen die aus der Heimat geschickten Konserven bei ihr kochen und verzehren dürften. Das hatte sie erlaubt. Ein Gendarm erstattete Anzeige und Frau W. erhielt darauf einen Strafbefehl über zwei Wochen Gefängnis. Hiergegen beantragte sie gerichtliche Entscheidung. Die Angeklagte gab an, erst den Gemeindevorstand um die Erlaubnis gefragt zu haben. Das Gemeindeoberhaupt hatte ihr geantwortet, da müsse er selbst den Gendarm fragen, aus dem Kopfe wisse er es nicht; es gebe zu viele Bestimmungen, die man sich nicht alle merken könne. Das Gericht faßte die Sache milder auf und verurteilte die sich eines sehr guten Leumunds erfreuende Frau zu fünf Tagen Gefängnis.

Nächtliche Diebstähle in einem Dresdner Kaffeehaus.

Der schon vielfach wegen einfachen und schweren Diebstahls vorbestrafte Arbeiter Günther Kirchner lernte den 17jährigen Heizer Sch. eines hiesigen großen Cafés in der Waisenhausstraße kennen. Mit Hilfe Schs stieg K. durch die Klappe eines Ventilationsschachts in das betreffende Gebäude ein, gelangte auf diese Weise in den Keller des Cafés und von da in den Vorratsraum. Dort stahl er Eier, Margarine, Oelsardinen, Speck, Lachs und andere Nahrungsmittel. An zwei aufeinander folgenden Nächten wiederholten sie die Diebstähle. Die gestohlenen Gegenstände verkauften die beiden Spießgesellen auf dem Hauptbahnhofe an die Scheuerfrauen und Arbeiter. Sie erzählten den Leuten, daß sie aus Belgien kämen, wo sie als Arbeitssoldaten gestanden und die Waren mitgebracht hätten. K. wurde zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; der jugendliche Sch. erhielt sechs Monate Gefängnis.

Vierzehntägige Einziehung weiterer Züge.

Damit es den Eisenbahnen ermöglicht wird, auf eine Zeit mit allen ihnen irgend zur Verfügung stehenden Mitteln

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Güterverkehr zu bedienen, wird der Personenverkehr vom 22. Januar bis mit 1. Februar noch eine weitere Einschränkung erfahren. Die ausfallenden Züge sind aus Anschlägen auf den Stationen zu ersehen. Auf den für unseren Leserkreis in Frage kommenden Linien treten folgende Aenderungen ein:

Linie Dresden—Pirna: Eingezogen werden die Vorzüge: 512 ab Pirna vorm. 8.20, in Dresden Hbf. 9.13, und 571: ab Dresden Hbf. nachm. 4.20, in Pirna 4.58.

Linie Dresden—Tharandt: Es entfallen die Vorzüge Nr. 1113: ab Tharandt vorm. 9 Uhr, in Dresden Hbf. 9.27, und Nr. 1136: ab Dresden Hbf. abends 8.08, in Tharandt 8.38. Dafür verkehrt der Vorzug 1134 (jetzt abends 7.10 von Dresden Hbf. nach Tharandt) künftig eine halbe Stunde später, also ab Dresden Hbf. erst 7.40, in Tharandt 8.12.

Linie Dresden—Possendorf: Der Vormittagszug 875 (jetzt ab Possendorf nachm. 12.26, in Dresden Hbf. 1.24) wird nahezu eine Stunde zeitiger gelegt, nämlich ab Possendorf vorm. 11.35, in Dresden Hbf. nachm. 12.31.

Wo bleiben die Fische?

Der Verein Dresdner Fischhändler schreibt uns: Mit Hilfe des Lebensmittelamtes war es möglich, in Dresden zur Zeit im Fischhandel eine straffe Organisation, die Kriegsfisch-Handels-Gesellschaft, zu begründen. Dieser Gesellschaft gehören nicht allein acht Zehntel der Dresdner Fischhändler, sondern auch sehr viele Kolonialwarenhändler usw. an, die sämtlich von hier aus beliefert werden. Diese Einrichtung steht unter der Aufsicht des Lebensmittelamtes und kann als mustergültig bezeichnet werden, weshalb gleiche Einrichtungen nach Dresdner Muster in vielen anderen deutschen Städten getroffen worden sind.

Der Grund, weshalb die Zufuhr von Fischen und Heringen zur Zeit sehr gering ist, liegt darin, daß Deutschland mit diesem Artikel gegenwärtig fast nur auf das neutrale Ausland angewiesen ist. Hierzu kommt noch die Tatsache, daß in der letzten Zeit infolge der Stürme sowie der Schnee- und Eisverhältnisse fast gar nicht gefischt werden konnte. Unbeachtet darf hierbei auch nicht bleiben, daß die zur Zeit zur Verfügung stehenden Fischmengen auf ein viel größeres Gebiet als im Frieden verteilt werden müssen, da den Gebieten, welche Schwer- und Kriegsindustrie haben, sowie auch den Feld- und Garnison-Truppen, welche vor dem Kriege nicht so starke Abnehmer waren, jetzt bedeutende Mengen zufließen müssen, um der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit steuern zu können. Außerdem sei noch darauf hingewiesen, daß sämtliche Heringe, Seefische, Karpfen, Schleien, ferner alle ausländischen Fluß- und Teichfische sowie alle Fischwaren von der Zentral-Einkaufsgesellschaft beschlagnahmt worden sind und nur unter deren Aufsicht oder unter der Aufsicht von deren Unterabteilungen, wie der Dresdner Kriegs-Fisch-Handelsgesellschaft, und nach einem Schlüssel, der Einwohnerzahl entsprechend, auf die verschiedenen Städte Deutschlands verteilt werden.

Die Folgen der Vertrauensseligkeit.

Was dabei herauskommt, wenn man Getreide und Kartoffeln zu lange den Produzenten zur „pfleglichen" Behandlung überläßt, zeigt ein Notschrei der Stadt Trier, die inmitten reicher Kartoffelgebiete liegt. Unter dem 2. Januar wird aus Trier berichtet, daß der zur Lieferung verpflichtete Landkreis von 177 292 Zentner Kartoffeln bisher nur die Hälfte angeliefert hat. Der Rückstand ist nicht etwa, wie man jetzt meistens so gern bei allen Gelegenheiten behauptet, auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen, sondern die Kartoffeln sind einfach verschwunden und die Stadt Trier, die an die „Sicherstellung" ihrer Kartoffelmenge glaubte, sieht sich genötigt, auf die Suche nach einem anderen Lieferungskreis zu gehen. Hoffentlich erleben wir nicht noch mehr derartige Fälle. Die Verantwortung für diese unerhörten Zustände fällt ganz allein auf das Kriegsernährungsamt, das von allen Seiten und erst kürzlich wieder durch eine Eingabe der freien Gewerkschaften wie auch des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen auf die notwendige Folge allzu großer Vertrauensseligkeit in bezug auf die Kartoffelaufbewahrung in den Kreisen der Landwirte aufmerksam gemacht worden ist.

Erhöhung der Renten aus der Unfallversicherung.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar beschlossen, daß die Empfänger von Verletztenrenten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 8 M. zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von 2/3 der Vollrente sein. 2. Der Verletzte muß sich im Inlande aufhalten. 3. Es dürfen nicht Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder das Versicherungsamt zu richten. Zweckmäßigerweise werden gefertigte Schriftstücke dafür, daß die drei Bedingungen erfüllt sind, sofort beigefügt. Der Versicherungsträger teilt seine Entscheidung schriftlich mit. Der Antragsteller kann gegen die Entscheidung binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch beim Oberversicherungsamte einlegen, das auf seinem Rentenbescheid angegeben ist. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig. Die Zulagen werden vom 1. Februar 1918 bis zum 31. Dezember 1918 gewährt und sofort ausgezahlt.

Feldpost!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Bezugsgebühr für die Dresdner Volkszeitung ins Feld 1,50 M. pro Monat beträgt.

Eine Ausstellung für Pocken und Impfwesen ist hier im Vierling-Haus (Waisenhausstraße-Ringstraße) eröffnet worden. Bekanntlich ist im Herbst 1916 die Pockenseuche durch polnische Rückwanderer nach Schleswig-Holstein eingeschleppt und von dort über ganz Deutschland verbreitet worden, ohne daß es zu einer Epidemie gekommen wäre. Wie im Kriege 1870/71 wurde auch diesmal das Reich durch seine Pocken-Gesetzgebung vor großem Unglück geschützt. Trotzdem, daß die Möglichkeit zu Ansteckungen gegeben war, sind überhaupt nur 2000 Menschen in Deutschland erkrankt und kaum 200 der Krankheit erlegen. Die Aerzte Dresdens und seiner weiteren Umgebung erhalten Gelegenheit, mit Ruhe diese wichtige Ausstellung zu studieren, welche in Tafeln, punkten, Abbildungen, Moulagen usw. die ganze Pockenkrankheit in ihren Erscheinungen, ihrem Verlaufe, ihrer Bekämpfung und Geschichte in großzügiger Weise vorführt. Als Zugangszeit und vorläufig die Stunden zwischen 10 und 4 Uhr vorgesehen. Der Eintritt ist kostenfrei.

Stadtrat a. D. Dr. Blochwitz †. Am Sonnabend verschied nach kurzer Krankheit im Alter von 75 Jahren Stadtrat a. D. Dr. Johannes Blochwitz. In den Jahren 1881 bis 1884 und von 1886 bis 1894 gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an. Im Jahre 1894 erfolgte seine Wahl zum besoldeten Stadtrat und im Jahre 1899 seine Wahl auf Lebenszeit. Von 1894 an bis zu seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste hat er die beiden städtischen Gewerbeämter verwaltet, und bis 1900 unterstand ihm auch das Marktamt.

Dem Schleichhandel in Stadt und Land beizukommen, bietet ganz besondere Schwierigkeiten, trotzdem bei den Polizeibehörden der Städte viele Anzeigen eingehen, die auf die Schleichhändlerspuren hinweisen. Fast alle dieser Anzeigen erfolgen aber anonym. Das ist ein großer Fehler, denn daraus erwächst ein Haupterschwernis für die Ermittlung und Bestrafung der Schleichhändler. Beim Kriegswucheramt sind jetzt besondere Revisoren angestellt worden, die auf Grund der bei den Behörden eingehenden Anzeigen im ganzen Lande Prüfungen zur Ermittlung von Schleichhandel Treibenden vornehmen.

Die Zentrale für Berufsberatung in Dresden möchte einen Ausgleich herbeiführen zwischen Stellenangeboten und Stellensuchenden, zwischen Stadt und Land und zwischen den Berufen, sofern in dem einen ein Ueberangebot von Kräften sich bemerkbar macht, in dem anderen aber Mangel. Die Zentrale bietet ihre Dienste unentgeltlich allen in Frage Kommenden an. Solche, die in der Nähe Dresdens wohnen, wenden sich am besten persönlich an die Geschäftsstelle der Zentrale, Dresden-A., Marienstraße 22, I., geöffnet Montag, Mittwoch, Freitag 3 bis 5, Donnerstag und Sonnabend 5 bis 7 Uhr.

Geschlossenes Warenhaus. Die Firma Hermann Herzfeld, Altmarkt, die im Herbst 1915 mit Hilfe der Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen mit ihren Gläubigern einen Vergleich schloß, soll sich seit längerer Zeit in neuen Zahlungsschwierigkeiten befinden, deren Abwicklung abzuwarten bleibt. Vorläufig ist das Geschäftshaus geschlossen. Der Vorverkauf des Zirkus Sarrasani befindet sich von jetzt an im Residenz-Kaufhaus.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Stiftung Heimatdank veranstaltet in Verbindung mit dem National-Hygiene-Museum am 26. d. M. hier eine Tagung aus Anlaß der Ausstellung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Deutschland. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Beratungsgegenstände, welche die Kriegsbeschädigtenfürsorge betreffen.

Todesfall durch das städtische Abstellen des Gases. Das Abstellen des Gases, das auch in Dresden bei anhaltendem Kohlenmangel angekündigt ist, wurde in Leipzig die Ursache zu einem Todesfall. In ihrer Wohnung ist eine 67jährige Witfrau an Gasvergiftung verstorben. Es wird mit Sicherheit angenommen, daß die Frau am Abend zuvor bei brennender Gaslampe einen ihrer Ohnmachtsanfälle gehabt hat und daß die Lampe nach Abstellen des Gases durch die Gasanstalt verlöscht ist. Als nun am andern Morgen das Gas wieder angestellt wurde, konnte es durch den noch offenen Hahn entweichen.

Der Wasserstand der Elbe hat innerhalb der letzten Tage einen beträchtlichen Zuwachs erfahren. Am hiesigen Pegel wurden am Sonntag vormittag 80 Zentimeter über Null gemessen, während er am Freitag noch 130 Zentimeter darunter verzeichnete. Der Strom führte in mäßigem Umfange Treibeis mit sich. Der Umstand, daß auch die oberen Stationen des Elbelaufs verschiedentlich noch Zunahmen, allerdings geringeren Umfangs, verzeichnen sowie das Anhalten der milden Witterung lassen auf ein weiteres Anwachsen des Wasserspiegels schließen.

Mit dem Aufbruch des Eisstands ist der Zeitpunkt gekommen, mit dem die sofortige Wiederaufnahme der Fahrten einsetzt. Begünstigt durch den hohen Wasserstand, ist die Elbeschiffahrt in der Lage, ihre volle Leistungsfähigkeit zu entfalten.

Vermischte Nachrichten. Dresdner Wach- und Schließgesellschaft. Es wurden im Jahre 1917 durch die Wächter 2596 Haus-, Fabrik- und Lagertüren usw. sowie 689 Fenster und Fensterladen offen vorgefunden und verschlossen, 28 Wasserleitungen offen gefunden und zugedreht, 20 Rohrbrüche festgestellt, 28 Geldschränke offen gefunden, 9 Aschengruben- und andere kleine Brände entdeckt und durch die Wächter selbst gelöscht, bei sechs größeren Bränden die Feuerwehr gerufen, 5 Einbrecher festgenommen und der Polizei übergeben, 38 offene Gashähne zugedreht, 16 gefundene Gegenstände abgeliefert, 3 Motoren in Betrieb gefunden und abgestellt, 17 Schaukästen offen vorgefunden, 3 Einbrecher verjagt, 35mal Sachbeschädigung und Unfug zur Anzeige gebracht, zwei Dampfkesselüberdrucke festgestellt und gemeldet. — Die Lieferung von 100 Stück Triebwagen und 100 Stück Anhängewagen, beginnend alsbald nach Kriegsende, wird von der Direktion der Städtischen Straßenbahn zu Dresden ausgeschrieben. — Ohne elektrisches Licht war am Donnerstag nachmittag über zwei Stunden der Osten der Stadt einschließlich Vorstadt Strehlen und Schweizerviertel. Die Störung, die auf einen Schaden im Kabelnetz zurückzuführen war, trat kurz nach 6 Uhr auf und dauerte bis gegen 8¼ Uhr. — In den letzten Wochen war Vorstadt Strehlen ohne Arzt, ein Zustand, der natürlich nicht unbedenklich ist. Ein daraufhin zugezogener Arzt wurde zwei Tage später einberufen. Jetzt ist es dem Bezirksverein endlich gelungen, zwei Aerzte wieder in Strehlen ansässig zu machen.

Aus der Umgebung.

Pitzschen. Die Ausgabe der Nährmittelkarten für sämtliche Einwohner erfolgt nur gegen Vorlegung der Kaffee-Ersatzkarte Dienstag den 22. Januar 1918 vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Gemeindeamt, und zwar Dresdner Straße von 8 bis 9½ Uhr, Eigenheimkolonie von 9½ bis 10½ Uhr, übrige Ortsteile von 10½ bis 12 Uhr. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Nährmittelkarten dann sofort in einem hiesigen Geschäft zur Belieferung bis spätestens 23. Januar anzumelden sind, da die Abschnitte bereits am 24. Januar von den Geschäften wieder einzureichen sind. Nachmeldungen sind ausgeschlossen. — Im Geschäft von Leubrig, Dorfplatz, haben am Dienstag den 22. Januar gegen Abgabe des Lebensmittelkartenabschnittes Nr. 6 pro Kopf 70 Gramm Sirup zum Preise von 8 Pf. zur Verfügung. — Mittwoch den 23. Januar wird in den Geschäften Landkäse gegen Vorlegung der Landeskartenkarte ausgegeben. Abschnitt 7 der Lebensmittelkarten ist bis 22. Januar abends anzumelden. — Dienstag den 22. Januar wird im Gasthof zur Krone für die Bewohner der Dresdner Straße, von mittags 12 bis nachmittags 4 Uhr Brennholz ausgegeben. Die Abnahme des Holzes wird erwartet.

Cossebaude. In den Kaufmannsgeschäften gegen Abschnitt 14 der Lebensmittelkarte Verkauf von 400 Gramm Marmelade für den Kopf. Preis 80 Pf. für 1 Pfund. — Abschnitt 1 der Nährmittelkarte ist bis zum 22. Januar in den Geschäften anzumelden. Nachmeldungen werden nicht berücksichtigt. Ablieferung der Abschnitte mit der Kartenstelle bis zum 24. Januar. — Für Kaffee-Ersatz haben die Großverbraucher (Gastwirte, Fabrikkantinen usw.) ihren Bedarf bis zum 24. Januar anzumelden. Auch hier werden Nachanmeldungen nicht berücksichtigt. — In der Apotheke und in der Drogerie von Bolz Abgabe von Zwieback an Kinder unter zwei Jahren und Personen über 70 Jahre gegen Ausweis der Gemeindebehörde unter Anrechnung auf die Brotkarte. Paket 40 Pf.

Gunnersdorf bei Bannewitz. Eine Frau hing vor einigen Tagen abends 5 Paar Strümpfe auf dem Gartenzaun zum Trocknen. Am Morgen des anderen Tages brauchte sie dieselben nicht wegzunehmen, denn dies hat ein in der Nacht ein Langfinger besorgt.

Radebeul. Kunsthonig kam nächste Woche zur Verteilung gelangen. Jede Person hat Anspruch auf ¼ Pfund. Die Anmeldungen in den Geschäften haben bis nächsten Montag mittag, die Abgabe der Listen sei ens der Geschäftsinhaber an diesem Tage, nachmittags von 3 bis 3½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist auf der neuen Lebensmittelkarte die Nr. 4 zu streichen.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Pulsnitz. Kriegsverbrechens

machte sich der schon oft bestrafte Tischler Gustav Adolf Lange dadurch schuldig, daß er sich in der Zeit vom 16. Januar bis Mitte Mai 1917 in den verschiedensten Orten, z. B. Burgen, Röderpreda, Gröditz, Brika, Großenhain, Radeberg, Logdorf und Heidenau, unter falschen Vorspiegelungen von den dortigen Vertrauensleuten Brotmarken verschaffte, während er seinem regulären Beruf in Dresden erhielt. Der Angeklagte gab bei dem betreuenden Vertrauensmann stets an, er wäre eben im Orte in Arbeit getreten. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis.

Gewerkschaftsbewegung.

Starke Mitgliederzunahme im Metallarbeiterverband.

Obwohl die Zahl der Einberufungen zum Heere im Metallarbeiterverbande die Zahl der Entlassungen im Jahre 1917 noch um 6005 Mitglieder überstieg, kann die Metallarbeiter-Zeitung im genannten Zeitraum von einer Zunahme von 140 045 Mitgliedern berichten. Eine so starke Mitgliedersteigerung hat der Metallarbeiterverband seit seinem Bestehen noch niemals verzeichnen können. Selbst die Mehreinberufungen zum Heer außer Betracht gelassen, ergibt sich eine Zunahme von 57,15 Prozent der Mitgliederzahl. Eine solche Erstarkung der Organisation bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, den kommenden Zeiten mit Ruhe und Vertrauen entgegen gehen zu können.

•

Der vierte Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der das Königreich Sachsen umfaßt, konnte sowohl im letzten Vierteljahr 1917 als auch im ganzen verflossenen Jahre einen starken Mitgliederzuwachs verbuchen. Die Mitgliederzahl stieg im 4. Quartal 1917 von 43 745 auf 46 139 oder um 2394 = 5,47 Prozent. Auch die Beitragsleistung mit 12,70 pro Kopf und Quartal ohne und 12,35 mit beitragsfreien Marken ist gut und wurde nur im 1. Quartal des Jahres noch übertroffen. Im ganzen Jahre 1917 ist eine Beitragsleistung von 50,60 pro Kopf erreicht worden. Die beitragsfreien Marken sind dabei nicht mit eingerechnet. Die Mitgliederzunahme im ganzen Jahre 1917 betrug 10 449 oder 29,27 Prozent. Diese Zunahme wurde seit Bestehen des Bezirkes nur in den Jahren 9110 mit 13 797 und 1911 mit 11 730 übertroffen. Prozentual ist aber diese Ziffer seit dem Jahre 1903 noch nicht erreicht worden. Trotz der schweren Kriegszeit war es also möglich, eine Rekordziffer zu erreichen. Da die Metallindustrie zur Zeit immer noch sehr gut beschäftigt und die Zahl der Unorganisierten in den Betrieben noch beträchtlich groß ist, wollen wir hoffen, daß im Jahre 1918 die Mitgliederzunahme weitere, günstige Fortschritte macht.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter,

herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin, Westpreußen 1 des 13. Jahrganges für Januar 1918 erschienen. Es bringt Arbeiten nach Entwürfen des Dresdner Architekten Professor Dr. Hans Kühne (Firma Lossow u. Kühne). R. Anger beginnt eine Aufsatzreihe über das technische Zeichnen des Bautischlers. August Flemming setzt seine Betrachtungen zur Technologie der Handwerkszeuge fort. Joseph August Lux legt ein Programm zur Gestaltung der Lehrlingsausbildung vor. Reiche Illustration trägt zur Belebung des Textes bei. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1,50 M. pro Vierteljahr von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, zu beziehen.

Parteiangelegenheiten.

In einer Richtigstellung

wendet sich Genosse Konrad Haenisch gegen die Leipziger Volkszeitung, die im Leitartikel ihrer Donnerstagnummer gleich zweimal besonders hervorhob, daß er in einer Dortmunder Versammlung in einem Gebäude des Stahlwerks Hoesch einen „annexionistischen" Vortrag gehalten habe. Haenisch schreibt: „Wie wenig der Vortrag „annexionistisch" war, kann das Blatt aus dem ausführlichen Bericht des Dortmunder Parteiblattes sehen, der ihr hoffentlich nicht ebenso unglaubwürdig erscheint, wie kürzlich der Bericht des Kölner Parteiblattes über eine ähnliche Versammlung. Sämtliche neun in der letzten Zeit von mir im Westen abgehaltenen Wahlrechtsversammlungen waren selbstverständlich von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veranstaltet und von niemandem sonst. Was insbesondere die beiden Dortmunder Versammlungen angeht, so fanden auch sie in öffentlichen Lokalen statt, die der Arbeiterschaft seit Jahren und Jahrzehnten zur Verfügung stehen. Es ist mir völlig unbekannt, daß diese Lokale oder eines von ihnen zu dem Stahlwerk Hoesch auch nur die leisesten Beziehungen hat. Die dunklen Andeutungen der „unabhängigen" Presse sind also völlig gegenstandslos."

Briefkasten.

E. H. E. 1. Bleivergiftung zeitigt heftigen Magenkatarrh, Uebelkeit, Erbrechen, große Schmerzhaftigkeit des Leibes, in schlimmen Fällen auch Lähmungen. 2. Die Frage, ob ein Lehrkontrakt wegen gesundheitsschädlichen Einflusses aufgehoben werden kann, hängt von der ärztlichen Begutachtung ab. Wenn es sich nur um die üblichen Berufskrankheiten handelt und sich nur in gelindem Maße auswirken, ist eine Lösung des Vertrags kaum zu erwarten.

E. K. 51. Ein Rechtsanwalt ist in diesem Verfahren vor dem Landgericht erforderlich. Um einen Armenanwalt zu erlangen, müssen Sie sich zuerst Ihre Mittellosigkeit von dem Armenamt oder einer Armenamtsnebenstelle bescheinigen lassen; auf Grund dieser schriftlichen Bekundung müssen Sie beim Landgericht die Erteilung des Armenrechts beantragen. Dann bekommen Sie auch einen Rechtsanwalt zugewiesen. — Die Forderung auf Herausgabe der Kinder können Sie stellen; freilich steht die Entscheidung im Ermessen des Gerichts. Dasselbe gilt auch von der Frage, ob Sie trotz der geschilderten Umstände Unterhaltungsbeiträge für Ihre Frau zahlen müssen oder nicht.

Gl. S. Da die Auszeichnungen von dem Truppenteile verliehen werden, dem der Betreffende angehört, wird es kaum vorkommen, daß ein sächsischer Landsturmpflichtiger, der bei einem nichtsächsischen Truppenteil dient, eine sächsische Auszeichnung erhält.

Landsturmmann R. und Grenadier H. C. Das als Urlauber erzielte Einkommen ist steuerpflichtig, sobald es länger als einen Monat bestanden hat. Natürlich darf nicht mehr als das in dieser Zeit wirklich erzielte Einkommen besteuert werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Der große Fischzug.

Erzählung von Karl Goldmann

Der Vorschlag kam unerwartet, die Unterhaltung verstummte, man schwieg zunächst. Fräulein von Schwanenflügel räusperte sich befremdet und blickte den neuen Gast mit ihren runden Augen an, als sähe sie ihn zum erstenmal. Dr. Stratus, der Philosoph, saß zusammengesunken da und blickte nicht auf die Außenwelt; nur ein böses Lächeln um die zusammengekniffenen Lippen erzählte, daß er sie nicht ganz verloren hatte. Herr de Bruges, der Okkultist und Klavierspieler, schüttelte entsetzt den Kopf, die Professorin hatte im ersten Augenblick begeistert zustimmen wollen, war aber dann durch das Schweigen der Gesellschaft eingeschüchtert worden und verstummt. Die Russin sah dem Fremdling bewundernd nach, die Uebrigen blieben neutral.

Da erhob sich Herr Piliaster und trat auf Müller-Campobasso zu: „Ha, ha, Sie sind mein Mann," sagte er und schüttelte ihm theatralisch die Hand. Man wußte nicht, ob er im Ernst sprach oder höhnend. „Sie machen den richtigen Vorschlag, ich stimme ganz dafür." Entschiedener Hohn war aus seinen weiteren Worten zu hören: „Sie haben ja genug richtige Prinzip, die Kunst mit dem Leben zu verbinden — — — oder sagt man, das Leben mit der Kunst? Der Engel hat Sie uns ins Haus geführt, um uns vor Einsamkeit zu bewahren, — ein Schutzengelchen, nicht wahr, lieber Professor? — — — Sie glauben doch an Schutzengel — — —"

Hierauf erkundigte er sich, welches Spiel Herr Müller-Campobasso vorschlage. Es stellte sich heraus, daß dieser ein glückliches Pferdchenspiel unter seinem Gepäck hatte.

„Die Herrschaften brauchen sich nur einen Augenblick zu gedulden. Ich werde dem Diener beschreiben, wo er es suchen hat."

„Nummer Eins kam denn auch sogleich damit zurück. „Es ist ganz obenauf gelegen," erlaubte er sich zu sagen.

Herr Müller-Campobasso stellte auf und erklärte das Spiel. Diesmal sprach er nicht stoßweise markiert, sondern fließender Rede. Eine kreisförmige Roulette war in sechs Felder geteilt; roh aufgemalt war in jedem einzelnen ein Pferdchen zu sehen. Auf jedes dieser Pferde konnte man setzen. Die Entscheidung, welches von ihnen gewann, brachte eine kleine Kugel, die rundumlief. Wo sie hielt, blieb der Sieg. Nur der Bankhalter hatte das Recht, sie auszuwerfen.

Der Okkultist war der einzige, der sich zurückzog, als das Spiel aufgestellt wurde. Seit ihn einmal ein Geist gewarnt hatte, er möge sich hüten, daß seiner Seele nicht zuviel Energie entzogen würde, fürchtete er bei allem, was er tat, davon zu verwenden. Aus demselben Grunde sprach er auch sehr wenig; man gebe zuviel Energie beim Sprechen ab.

Herr Müller-Campobasso fuhr in der Erklärung fort: „Sie sehen, meine Herrschaften, die sechs Felder vor sich. Keines hat die Größe des andern. Das kleinste hat natürlich die wenigsten Chancen. Auf ihm steht das Pferd Dorothy. Bleibt die Kugel hier liegen, so wird der Einsatz dreimal ausbezahlt. Die größten Chancen hat das ganz große Feld mit dem Pferd ‚Esmeralda'. Der Einsatz darauf wird indes nur doppelt zurückgegeben. Herr Piliaster kennt das Spiel bereits — ich schlage vor, er möge die Bank zuerst halten."

Der Literat schüttete eine Menge Kleingeld auf den Tisch und übernahm sie. „Bitte zu setzen, meine Herrschaften!" An diesem Spiel beteiligten sich nur der neue Gast, der die kleinen Felder mit je zehn und zwanzig Pfennig besetzte, und Tschertscheff, die es ihm nachmachte, aber auf jedes Feld nur ein Fünfpfennigstück legte, und die Professorin. Sie setzte wahllos auf dieses Pferd zwanzig, auf jenes fünfzig Pfennig, auf ein anderes eine Mark.

Herr Müller-Campobasso sah sie erstaunt an: „Ein kostspieliges Spiel, gnädigste Frau!"

Die Bank gewann, der Literat strich gleichmütig den ersten Teil des Einsatzes ein. Neugierig rückten die übrigen näher. Herr und Frau Spalier saßen dicht hinter den Spielern und sahen schweigend zu. Die andern standen hinter den Stühlen.

„Man sieht schon, die Bank muß gewinnen," rief mit lauter Stimme die Schwanenflügel, die noch nie an einem Spiel teilgenommen hatte. Herr Müller-Campobasso versuchte vergeblich, ihr klar zu machen, daß dem durchaus nicht so sein müsse. „Belieben gnädigstes Fräulein doch gleichfalls zu setzen!"

„Gott behüte mich. Ich bin keine Freundin von Glücksspielen," erwiderte das Fräulein so knapp wie möglich. „Wir Kinder mußten unserem kranken Vater in die Hand hinein versprechen, niemals zu spielen, und wir taten es gern."

„Rien ne va plus!" schrie der Literat und warf die Kugel. Sie hielt bei dem Pferd Dorothy, auf das alle drei Pfennig hatten. Herr Piliaster mußte jedem den zehnfachen Einsatz auszahlen. Die Professorin verstreute den Gewinn wieder auf alle Felder. Die Tschertscheff erklärte Herrn Müller-Campobasso, sie sei Gewohnheitsspielerin. „Wir Russinnen brauchen das," sagte sie. Das Freundinnenpaar Schwanenflügel und Hohenadel flüsterte untereinander.

Inzwischen beteiligte sich Doktor Stratus schweigend am Spiel. Er hatte sich beim Zuschauen ein gewisses System ausgedacht, demgemäß er nur die Felder besetzte, die hohe Chancen bot. Eine Gesetzmäßigkeit in Gewinn und Verlust witterten auch die beiden Freundinnen und das Malerehepaar. Sie versuchten dem Geheimnis durch Berechnung nahe zu kommen. Die Russin machte sich Notizen.

Die Hausfrau war eigentlich die einzige, die wahllos setzte. Sie spielte blindlings darauf los, obwohl sie bereits Stück hatte wechseln müssen. Dabei unterhielt sie sich mit jeder Gesellschaft und erzählte enthusiastisch von der Summe, die in Moskau an einem Abend 10 000 Rubel verloren hatte. Gewann sie, so mußte man ihr das Geld zählen, denn meist wußte sie gar nicht, auf welches Pferd sie gesetzt hatte.

Herr Müller-Campobasso und Doktor Stratus hatten wenig Glück. Nach zwanzig Runden erklärte Piliaster, er habe genug aufhören zu wollen.

„Ich übernehme!" rief Müller-Campobasso, „ich bin den beteiligten Herrschaften schuldig, denn ich habe gewonnen."

Bei den ersten Runden mußte er alles wieder herausgeben. Die Bank verlor so auffallend, daß die Eheleute Bolte wieder zu setzen wagten. Die beiden Freundinnen, verbündet und eng umschlungen, ließen schon längst kein Spiel mehr aus. Fieberhaft erregt saßen sie hinter einem Haufen von Fünfpfennigstücken, der Verdienst, reiner Verdienst war.

Niemand dachte mehr daran, den musikalisch-literarischen Abend fortzusetzen, nicht einmal Fräulein von Schwanenflügel, die hinter dem Stuhl der Professorin aufrecht stand und jede Tour genau verfolgte. Manchmal erhob sie sich auf den Zehenspitzen, um besser sehen zu können.

Die Naturheilkundige saß in der Nähe des Ehepaares Spalier und erwog mit ihm die Chancen. Diskret lächelnd erklärten beide es ließe sich gar nichts sagen, alles sei Zufall. Dagegen wollte die Seidenschmied durch logisches Schließen herausgebracht haben, die Bank müsse auf die Dauer gewinnen. „Wenn ich es sicher wüßte, ich würde sie halten." Aber sie traute sich doch nicht ganz und hielt die eine Hand fest auf das Portemonnaie — zum Schutz. Sie hatte immer nur schwer ihr Geld verdient und scheute jede Ausgabe.

Allmählich wandte sich das Glück wirklich wieder der Bank zu. Der aus Fünf-, Zehn-, Fünfzigpfennig- und Markstücken bestehende Haufen vor Herrn Müller-Campobasso zog alles an sich. Jetzt verfing sich sogar ein Goldstück hinein; es kam von Herrn Piliaster, der dreißig Mark verloren haben wollte.

Bei diesem Anblick konnte sich Fräulein Seidenschmied nicht mehr zurückhalten. Sie trat langsam vor, mit steifen Schritten, und sagte schweratmend: „Ich möchte jetzt die Bank nehmen. Der Herr hat sie achtzehnmal gehabt. Das ist genug." Sie erschrak vor ihrer eigenen Stimme, die plötzlich blechern klang.

Herr Müller-Campobasso strich wortlos, mit einer einzigen Handbewegung, das Geld in seine Tasche und räumte den Platz. Die Naturheilkundige setzte sich und schob das Spiel zu sich heran. Wie die Felder mit den springenden Pferdchen vor ihr lagen, begann sie erst die eigentliche Größe des Unternehmens zu begreifen. Herr Müller-Campobasso warf, um „Revanche" zu geben, ein Fünfzigpfennigstück auf das Pferd „Bolder", das nur sehr selten herauskam, dafür aber dreißigfachen Gewinn auszahlte. Doch die Seidenschmied schob das Geld zurück: „Ich lasse nur Sätze bis zu einer Höhe von drei Pfennig zu," erklärte sie zur Entrüstung aller. Jetzt, da der große Moment der Entscheidung nahe war, glaubte sie nicht mehr an ihren Stern. Es war ihr, als müsse sie langsam ertrinken.

Der Literat sprang wütend auf und erklärte, ein derartiges Lumpenspiel nicht mitmachen zu wollen.

Fräulein von Schwanenflügel, die mit der Naturheilkundigen schlecht stand, lachte hell auf. Aber die Seidenschmied kämpfte wie um ihre Existenz: „Dem Bankhalter steht das Recht zu, über die Höhe des Einsatzes seine Bestimmungen zu treffen," sagte sie wie eine alte Spielerin — zwar mit ruhiger Stimme, aber ihre Hände zitterten.

Als sie nach dem drittenmal erkannte, daß sie, Summa summarum, eine Mark Ueberschuß haben mußte, gab sie die Bank in aller Selbstverständlichkeit auf und erklärte, sie gehe jetzt schlafen. Den Gewinn in der Faust, verließ sie mit langen Schritten das Zimmer.

Jetzt machte Müller-Campobasso wieder den Bankhalter. Alles sprang von den Sitzen auf, denn er gewann unaufhörlich. Der Berg von Nickel- und Silbermünzen auf seinem Platz war mit Gold legiert. Die Schwanenflügel war bereits so erregt, daß sie die Namen der gewinnenden Pferde laut ausrief, noch ehe die Kugel sie berührte.

Doch mit dem Wiederauftauchen des Herrn Piliaster wechselte das Schicksal. Der Berg schmolz. Jetzt setzten auch Boltes wieder — nach kurzer Beratung. Sie hatten eine Zeitlang ausgesetzt und beschlossen nun den dritten Vorstoß. Das Pferd „Dorothy" war Favorit; schon war es viermal hintereinander herausgekommen. Auch Boltes setzten jetzt darauf. Zu aller Erstaunen gewann es zum fünftenmal.

„Dorothy!" schrie jetzt die Schwanenflügel wie in religiöser Ekstase und warf eine Mark auf das Pferd. „Rien ne va plus" diktierte Herr Müller-Campobasso mit nervös gewordener Stimme und ließ die Kugeln taumeln. Wieder wählte sie „Dorothy".

Die Schwanenflügel erschien gelähmt. Trotzdem fand sie die Kraft, zu sagen: „Ich habe 10 Mark gewonnen." Aber ihre Stimme zitterte so heftig, daß alles zu ihr hinsah.

(Fortsetzung folgt)

Bunte Chronik.

Ein Meister der deutschen Sprachforschung. Hundert Jahre sind am 21. Januar seit der Geburt des deutschen Sprachgelehrten Heinrich August Lübben verflossen, dessen wissenschaftliche Tätigkeit in allen Gauen unseres Vaterlandes die wärmste Anerkennung gefunden hat. Von früher Jugend an zeigte Lübben, der im kleinen oldenburgischen Hafenort Heckfeld im Jahre 1818 geboren ist und einfachen bürgerlichen Verhältnissen entstammte, die lebhafteste Teilnahme für alles, was die deutsche Sprache betraf. Namentlich die mittelniederdeutsche Sprachforschung zog ihn, den Niederdeutschen, an. 1868 veröffentlichte Lübben, der seit 1844 als Lehrer in Oldenburg wirkte, Mitteldeutsche Gedichte aus Handschriften, ein Jahr darauf Reineke de Vos und die Legende von den heiligen drei Königen. In den Jahren 1871 bis 1881 erschien sein sechsbändiges Mittelniederdeutsches Wörterbuch, sein Hauptwerk, das eine unermeßliche Fülle sprachlicher Gelehrsamkeit enthält. Dieses anfänglich mit A. Schiller in Schwerin gemeinschaftlich bearbeitete, dann allein fortgesetzte und beendete Wörterbuch ist heute für jeden, der sich mit der mittelniederdeutschen Sprachforschung befaßt, ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden. Auch die Mittelniederdeutsche Grammatik, die Lübben unmittelbar darauf folgen ließ, ist ein beredtes Zeugnis für die vorbildlichen sprachwissenschaftlichen Leistungen dieses Pädagogen, der seit 1877 die Landesbibliothek in Oldenburg leitete, wo er am 15. März 1894 gestorben ist.

„Das entdeckte Eldorado". Nach den Mitteilungen englischer Blätter ist es einer archäologischen Expedition gelungen, in den bisher wenig erforschten Wäldern des Amazonenstromes im Gebiet von Manoa die wundervollen Ruinen einer alten Stadt zu entdecken, in denen man die Ueberreste der sagenhaften goldenen Inkastadt zu erkennen glaubt, die von den spanischen und portugiesischen Forschern mit dem Namen Eldorado belegt wurde. Diese Sagenstadt hat im Laufe früherer Jahrhunderte eine sehr große Rolle gespielt. Erzählungen von den sagenhaften dort aufgespeicherten Goldschätzen haben im 16. Jahrhundert immer wieder von neuem kühne Männer jener Zeit, darunter auch den bekannten Zeitgenossen Shakespeares, Raleigh, veranlaßt, nach dieser Märchenstadt zu suchen. Ungezählte Glücksucher fanden bei diesen Expeditionen ihren Tod statt der ersehnten Reichtümer. Die Goldstadt soll ihren Namen daher führen, daß der Beherrscher derselben, wie die Sage erzählt, täglich erst mit Oel gesalbt und dann mit echtem Goldstaub eingerieben wurde. Er erhielt infolgedessen den Namen Eldorado, und nach ihm wurde auch die ganze Stadt so benannt. Immerhin erscheint es noch sehr zweifelhaft, ob die neuentdeckten Ruinen wirklich als die Reste der solange gesuchten goldenen Stadt festzustellen sind. Als seinerzeit die Goldfelder Kaliforniens gefunden wurden, glaubte man eine Zeitlang ebenfalls, man habe endlich die berühmte Stadt der Inkas entdeckt. Später wurde ihre Lage in das Innere Perus verlegt, aber obgleich man versuchte, einen ganzen See abzulassen, um diese Schätze zu finden, erwies sich auch diese Annahme als ebenso trügerisch, wie alle früheren Funde, und so wird es wohl höchstwahrscheinlich mit dieser neuesten Entdeckung auch sein. Man wird wohl noch auf manche alte Wohnstätte der Inkas stoßen, ohne das so ersehnte „Eldorado" zu finden, das vielleicht nur in der Phantasie wirklich existiert hat.

Wildgans-Matinee im Albert-Theater.

Der österreichische Dichter Anton Wildgans, dessen Werke Armut und Liebe in mehr als hundertfünfzig Aufführungen dem Dresdner Publikum vermittelt wurden, ist durch eine Feier besonderer Art auch als Lyriker den Freunden seines Schaffens nahe gebracht worden. Direktor Dr. Alberti, der Wildgans besonders hoch bewertet, sprach einige kurze einleitende Worte, die außer dem künstlerischen Schaffen des Poeten auch seine soziale Denkweise den Armen und Aermsten gegenüber glücklich charakterisierten. Man empfand die Echtheit der Würdigung und die schwungvolle Art des Vortrags außerordentlich wohltuend. Es zeigte sich hier, daß Dr. Alberti ein vortrefflicher Redner ist, wenn er mit Ueberzeugung seinen Gegenstand beherrscht. In der Einsicht, daß ein lebender Dichter am besten durch sein eigenes Wort lebendig wird, las er dann etwa 20 Dichtungen von unterschiedlichem Wert. Wundervoll sind die rein lyrischen Stücke, in denen Natur und Gefühl innig zusammengehen. In den sozialen Stücken erfreut immer die Reinheit der Gesinnung, nicht in gleichem Maße die Darstellung, die oft allzusehr mit Gefühlsseligkeit beladen ist und zuweilen etwas Familienblatthaftes hat. Der Vortragende gab hier dem Gefühl zu sehr nach, in der Anklage war er dagegen stark und eindrucksvoll — in dem Gespräch mit Gott lag etwas von der tiefsten Sehnsucht des ganzen Menschen. Vielleicht hätte es sich, um der Gefahr der Monotonie zu entgehen, empfohlen, gewisse Stücke von einer Darstellerin sprechen zu lassen. Nach dem mehr als einstündigen, beifallswürdigen Vortrag Albertis folgte die Aufführung eines bühnenwirksamen Einakters In Ewigkeit, amen unter der sehr geschickten Spielleitung von Edgar Klitsch. Wildgans gibt hier ein realistisches Lebensbild aus dem Gerichtssaale. Schon Hartleben erklärte als Referendar, daß er lieber mit der Mehrzahl der Verbrecher als den Herren Kollegen zu Tisch gesessen hätte. Die Situation ist hier nicht anders. Der Angeklagte Gschmeidler, nach fünfundzwanzig Jahren Zuchthaus begnadigt und einer neuen Gewalttat verdächtig, ist im Grunde der von der Gesellschaft Mißhandelte, und die Richter sind damals wie jetzt die Schuldigen. Wildgans mischt die Farbe nach linger Dichterweise durchaus gerecht — keiner ist ganz schuldig, keiner ganz rein. Sündig bleibt nur die Gesellschaft, die den Armen schuldig werden läßt — in der klaren, unwiderstehlichen Beweisführung dieses Erfahrungssatzes liegt der ethische Wert des Einakters, der auch dichterisch neben einigen kitschigen auch seine Züge besitzt. Die Aufführung war gefeilt, voll Stimmung, Spannung und Steigung. Sie konnte sich durchaus im Rahmen einer künstlerischen Dichterfeier sehen lassen und zählt jedenfalls zu dem Besten, was das Albert-Theater in der Wiedergabe realistischer Stücke geboten hat. Schlicht und ergreifend war Winterheld als Opfer der „Gesellschaft", voll eigenartiger Rasse, sehr stark in der Charakterisierung einer Dirne, die zuletzt doch nicht über ihren Kreis hinauskann. Eva Sinding, ein eigenartiges, sehr bemerkenswertes Talent. Klitsch selbst gab den Untersuchungsrichter nach Art des Mouzon in der „Roten Robe" mit überlegener Kälte. Die übrigen Typen wurden durch die Herren Bräuer, Steiner, Günther so wirksam und zutreffend herausgebracht, daß der Erfolg der Dichtung durch die Darstellung unterstrichen wurde. Der Besuch der Veranstaltung ist bei etwaigen Wiederholungen empfehlenswert. Hrtwg.

Dresdner Kalender.

Theater am 22. Januar. Opernhaus: Der Eroberer (7). — Schauspielhaus: Kabale und Liebe (6½). — Albert-Theater: Die Jüdin, Wohltätigkeits-Vorstellung (7). — Residenz-Theater: Ein Walzertraum (7½). — Zentral-Theater: Die Rose von Stambul (7½).

Schauspielhaus. Am Dienstag, 6½ Uhr, wird zum erstenmal in dieser Spielzeit Schillers Kabale und Liebe aufgeführt. Neu besetzt sind die Rollen der Luise mit Gertrud Strelewitz und des Hofmarschalls von Kalb mit Alexander Wierth.

Halevys Oper Die Jüdin wird Dienstag, 7 Uhr, im Albert-Theater als Wohltätigkeitsvorstellung gegeben. Karten, vor allem in den niederen Preislagen, sind noch im Invalidendank, bei Besser (Ringstraße) und an der Abendkasse zu haben.

Kleine Mitteilungen.

Intendant und Kritiker. Der Verein Thüringer Presse, Kreisverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse, hat nach Kenntnisnahme des Konfliktes des Vertrauensmannes mit der Intendantur des Herzoglichen Hoftheaters und der Hofkapelle zu Meiningen entschiedene Verwahrung gegen die unbegründete und ungehörige Maßregelung des genannten Blattes eingelegt. Diese Maßregelung sei um so nachdrücklicher zu verurteilen, als sie einen Versuch darstelle, einen Kritiker durch einen geschäftlichen Druck mundtot zu machen. Zugleich mit diesem Protest richtet der Verband an die gesamte deutsche Presse die Aufforderung, die Aufführungen des Hoftheaters und der Hofkapelle zu Meiningen nicht mehr zu besprechen.

Schmollers Bücherei hat die Firma Karl Zeiß, Jena, für 50 000 Mark erstanden, und wird sie, sobald die geeigneten Räumlichkeiten geschaffen sind, dem staatswissenschaftlichen Seminar der Jenaer Universität schenkungsweise überlassen.

Sportkartell.

Touristenverein Die Naturfreunde. Dresden. Musiksektion. 23. Januar, 8 Uhr: Außerordentliche Besprechung (ohne Instrumente) im hinteren Gesellschaftszimmer des Volkshauses. **Photosektion.** 28. Januar, 8 Uhr: Arbeiten in der Dunkelkammer (Herstellung von Diapositiven und Vergrößerungen von Negativen der Phototour). 24. Januar, 8 Uhr: Lichtbildervortrag im großen Saale des Volkshauses. Vortrag des Herrn Alfred Junger, Dresden, über Winterbilder aus der Heimat; Karten zu 30 Pf. in der Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10, bei den Genossen Nikolai, Kleine Kirchgasse, Pär, Markgrafenstraße 33 (Konsum), im Sportgeschäft von Hannichel, Johannesstraße 21 und am Saaleingang. 27. Januar: Tagestour nach der Viehkritte, Cottaer Spitzberg, Breite Heide, Neundorf; Abfahrt früh 6,05 Uhr vom Hauptbahnhof nach Pirna. 27. Januar: Nachmittagstour durch das Lößnitztal, Buchholz, Auer, Coswig; Abfahrt 1,06 Uhr vom Hauptbahnhof, 1,19 vom Neustädter Bahnhof nach Weintraube. **Wintersportsektion.** 27. Januar: Skitour nach Frauenstein, Altdorf; Abfahrt früh 6,28 Uhr vom Hauptbahnhof nach Frauenstein. — **Radeberg.** 27. Januar: Heidewanderung nach Weißig; Abmarsch 1½ Uhr von der Post. — **Leuben.** 28. Januar, 8 Uhr: Zusammenkunft im Goldenen Stern, Leuben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges.

Eine sehr zahlreich besuchte Konferenz der Dresdner Gewerkschaftsfunktionäre tagte am Freitag im großen Saale des Volkshauses. Ueber Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges referierte Genosse Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission. Er führte in seinem stundenlangen Vortrage folgendes aus:

Die Tätigkeit der Zentralverbände und der Generalkommission während des Krieges wurde vielfach stark angefeindet. Besonders reden die Unabhängigen, um Stimmung gegen die Generalkommission zu machen, schlechtweg von einer „Politik der Generalkommission", die an allem, was sie zu kritisieren haben, schuld sein soll. Fragt man den, der dieses Schlagwort gebraucht, was er unter dieser „Politik der Generalkommission" versteht, dann kann er meist keine Auskunft geben. Nicht Beschwerden auf gewerkschaftlichem Gebiet haben zu den absprechenden Urteilen über die gewerkschaftliche Arbeit während des Krieges geführt, sondern sie haben immer einen politischen Untergrund. Daher ist es nötig, diese Arbeit etwas näher zu beleuchten.

Hat sich während des Krieges in der Haltung und Stellung der Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum etwas geändert? Haben die Gewerkschaften den alten Boden verlassen und sich anderen Zielen zugewandt? Auf diese Frage gibt es nur ein rundes Nein! Die Gewerkschaften sind ihren alten Grundsätzen treu geblieben. Sie wahren nach wie vor die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmertum und führen diesen Interessenkampf auch gegenüber dem Staat und gegenüber der Gesellschaft. Die Taktik ist freilich anders geworden, weil die Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Kämpfe im Kriege ganz andere sind. Die Gewerkschaften haben seit jeher ihren Kampf eingestellt auf das Erreichbare. Nie stellten sie sich eine Aufgabe, deren Unduchführbarkeit in der Gegenwart von vornherein feststand. Man kann einen Kampf nur aufnehmen, wenn die Voraussetzungen für sein Gelingen nach menschlicher Berechnung gegeben sind. Die plötzliche Verdopplung des Lohnes oder die plötzliche Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden ist nicht möglich. Derartige Ziele lassen sich nur Schritt für Schritt erreichen. Die Art des gewerkschaftlichen Kampfes zwingt also dazu, genau zu prüfen, wie stark die gegnerischen Kräfte sind und wie weit die eigene Kraft reicht. Diese gewerkschaftlichen Grundsätze, die unbestritten sind, gelten noch viel mehr während des Krieges, da der Kampfboden für die Arbeiter wesentlich ungünstiger ist als jemals im Frieden.

Wer die Schwierigkeiten kennt und die Arbeit der Gewerkschaften vorurteilsfrei prüft, der wird anerkennen müssen, daß sie die Erwartungen erfüllten, die billigerweise in dieser schwierigen Zeit an sie gestellt werden konnten, und daß sie auch im Kriege Großes geleistet haben im Interesse der Arbeiterklasse. Aber der Krieg hat viele Menschen reizbar und ungerecht gemacht und sie sind leicht geneigt, dem berechtigten Unmut über die Kriegsfolgen an falscher Stelle Luft zu machen. Diese Stimmung wird von der Presse der Unabhängigen und in Flugblättern weidlich ausgenutzt, um die politische Verhetzung auch in die Gewerkschaften zu tragen und in der Arbeiterschaft einen Fanatismus zu entfachen, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die verkehrtesten Auffassungen zum Ausdruck kommen. Radikal sich nennende, unklare Köpfe suchen das Vertrauen zu den gewerkschaftlichen Führern zu untergraben, Mißtrauen und Zwietracht in den Gewerkschaften zu säen, und sie glauben damit den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen.

Was sind nun die Vorwürfe gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftsvorstände?

Die Gewerkschaften sollen ihren Kampfcharakter aufgegeben haben, Hintertreppenpolitik betreiben. Die Führer sollen den Klassenkampf verraten haben und Hausknechte der Regierung geworden sein. Das ist so eine kleine Blütenlese aus einem gegen die Gewerkschaftsleitungen gerichteten Flugblatt. Die ganze Art dieses Vorgehens findet ihre Erklärung in dem Zwiespalt, der die politische Arbeiterbewegung zerreißt und der auch in die Gewerkschaften getragen werden soll. Die Ursache des Zwiespalts ist die Stellung zur Landesverteidigung. In der ersten Zeit des Krieges war so ziemlich die ganze Partei einig in dieser Frage. Ein großer Teil der Unabhängigen hat lange Zeit den Standpunkt der Partei vertreten. Nachdem sie sich gewandelt haben, sollen die andern Verräter an der Arbeiterklasse und Regierungssozialisten sein.

Würde durch die Ablehnung der Kredite die gewerkschaftliche Taktik erfolgreicher zu gestalten gewesen sein? Das erscheint ganz ausgeschlossen. Welche Taktik treiben denn die Kritiker an? Sie wollen die Gewerkschaften in den politischen Kampf ziehen, politische Forderungen stellen und den Kampf für diese Forderungen in den Gewerkschaften aufnehmen. Das hat sich im Frühjahr 1917 bei den Arbeitsniederlegungen wegen der Nahrungsmittelnot in Berlin, Leipzig usw. gezeigt. In Leipzig wurden in einer Streikversammlung politische Forderungen gestellt und die Versammelten verpflichteten sich, die Arbeit erst nach Erfüllung dieser Forderungen wieder aufzunehmen. Aber sie gingen schon nach drei Tagen wieder in die Betriebe, ohne noch ein Wort über die politischen Forderungen zu verlieren, und die Folge war nur eine Blamage. Würde eine derartige Taktik in größerem Umfange durchgeführt, dann würden die gewerkschaftlichen Organisationen den schwersten Schaden leiden. Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine Trennung der Aufgaben durchgeführt: die politische Partei hat die politischen, die Gewerkschaften haben die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. Wenn wir diesen Boden verlassen, kommen wir in eine unhaltbare Situation und die mühevolle, jahrzehntelange Arbeit, die Gewerkschaften zu einem Machtfaktor werden zu lassen im Wirtschaftsleben, ist in Frage gestellt.

Wenn wir nun unserer bisherigen Taktik getreu, auch in der Kriegszeit die Führung politischer Kämpfe durch die Gewerkschaften ablehnen, bliebe zu untersuchen, ob die wirtschaftlichen Interessen genügend gewahrt worden sind.

Wie war die Wirtschaftslage zu Anfang des Krieges? Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß dem Kriegsausbruch sehr bald der wirtschaftliche Zusammenbruch folgen würde. Die Massenarbeitslosigkeit setzte ein. In den ersten drei Kriegsmonaten waren 22 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und im ersten Kriegshalbjahr haben die Zentralverbände 21 Millionen Mark für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgewendet. Bei dieser Sachlage war es selbstverständlich, daß Streiks nicht geführt werden konnten. Aber gerade aus dem Beschluß, bei dieser absoluten Aussichtslosigkeit eines Erfolges die Streiks einzustellen und neue Streiks nicht zu führen, wird den Gewerkschaften jetzt ein ungeheurer Vorwurf gemacht.

Damals kam es darauf an, Schädigungen der Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern. Die Generalkommission suchte die bestehenden Löhne und die Tarifverträge zu sichern und sie hatte mit diesen Bemühungen Erfolg. Dann mußte Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen werden. Auch die Aufgabe, das Reich und die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen zu veranlassen, ist gelungen. Das Reich bewilligte zu diesem Zwecke 200 Millionen Mark.

Jeder Tag stellte aber die Verbände vor neue Aufgaben. Schon kurze Zeit nach Kriegsausbruch wurden große Scharen Kriegsgefangener eingebracht und zum Teil der Industrie zugeführt. Da galt es, zu verhindern, daß diese Kriegsgefangenen zu Lohndrückern würden. Die Generalkommission vermochte die zuständigen Stellen zu der Verfügung zu veranlassen, daß für die Kriegsgefangenen an den Militärfiskus der gleiche Lohn wie an freie Arbeiter zu zahlen sei, und daß ein Unternehmer nur dann Kriegsgefangene zugewiesen erhalten solle, wenn die Arbeitsnachweise und die Gewerkschaften bestätigten, daß deutsche Arbeiter nicht nachgewiesen werden könnten. Eine weitere Aufgabe erwuchs den Verbänden aus dem Schutz der in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen. Die Zahl der Beschwerden, die die Generalkommission zu diesem Schutze beim Kriegsministerium geltend machte, geht in die Tausende. Ebenso stetig sich die Generalkommission den Schutz der nach Deutschland gebrachten belgischen Arbeiter angelegen sein. Heute haben die Gewerkschaften das Recht, diese belgischen und auch die russisch-polnischen Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen und so ihre Interessen zu wahren. Diesem Zwecke dient auch für die russisch-polnischen Arbeiter das erst in neuester Zeit errichtete Sekretariat für die ostjüdischen Arbeiter.

Das gewaltigste Problem, das der Krieg gestellt hat, ist die Lebensmittelversorgung. Schon Mitte August 1916 haben Parteivorstand und Generalkommission zu ihrer Regelung bestimmte Vorschläge gemacht. Die Forderungen wurden damals als übertrieben hingestellt und nur nach und nach durch die Verhältnisse gezwungen, ging die Regierung an die Verwirklichung der Vorschläge, die heute, wenn auch nicht restlos, so doch im Prinzip durchgeführt sind. Die Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit der verantwortlichen Stellen und die Schonung der agrarischen Sonderinteressen hat uns freilich in die unhaltbare Situation gebracht, unter der wir heute leiden. Unsere Lebensmittelversorgung ist gescheitert, weil der energische Wille an den maßgebenden Stellen fehlte und weil große Bevölkerungskreise einen solchen Mangel an Gemeinsinn und Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen offenbarten, daß man darüber verzweifeln könnte. Jetzt rächt sich die Verkennung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die das Gesamtwohl über das Einzelinteresse stellen, in der Gemeinde und im Staat. Infolge Schuldens unseres Bürgertums geradezu als Hyänen des Schlachtfeldes die Not des Volkes in wucherische Gewinne umwandeln, findet eine Erklärung in der bürgerlichen Erziehung dieser Volkskreise. Gewerkschaften und Partei waren unausgesetzt tätig, um Besserung und Ordnung zu schaffen. Die geleistete Arbeit ist ungeheuer, wenn auch die Oeffentlichkeit wenig davon erfährt, weil beispielsweise die Verhandlungen im Ernährungsbeirat, in dem unsere Vertreter einen unausgesetzten scharfen Kampf führten, vertraulich sind.

Da das Wirken der Gewerkschaftsvertreter nicht immer vollen Erfolg hatte, wird nun von den Kritikern verlangt, daß dann eben zu schärferen Kampfmitteln gegriffen werden müsse. Daß aber zum Beispiel durch eine allgemeine Arbeitsverweigerung die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zu bessern sind, wird niemand behaupten können, der sich die Folgen für die Arbeiterschaft vergegenwärtigt. Einmal kommt für alle, denen es nicht gleichgültig ist, ob Deutschland unterliegt, in Betracht, daß man Deutschland nicht lahmlegen und den Gegnern ausliefern kann und zum anderen würde die Arbeiterschaft unter dieser Lahmlegung zweifellos selbst am schwersten leiden.

In seinem weiteren Verlaufe hat nun der Krieg die Gewerkschaften vor immer neue Aufgaben gestellt. Die Industrie ging zur Kriegsarbeit über. Die Arbeitslosigkeit wich einem Arbeitermangel. Nur einige der wichtigsten Aufgaben seien genannt.

Da ist zunächst die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Unterstützungssätze des Reichs, die bei Kriegsbeginn 9 M. für die Frau und 6 M. für das Kind betrugen, sind als Folge unseres ständigen Drängens heute um 400 Prozent verbessert. Auch in den Gemeinden wurde in dieser Richtung von den Gewerkschaften und der Partei ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet. Aus eigenen Mitteln haben die Verbände bis Ende September 1917 an die Familien der Kriegsteilnehmer 34 Millionen Mark ausgezahlt. Ferner wurde für die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, für die Unterstützungs- und Rentenberechtigung der unehelichen Kinder mit Erfolg gewirkt.

Eins der wichtigsten Aufgabengebiete wurde die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Es galt, ihre Arbeitskraft zu schützen und die Renten der Kriegsbeschädigten zu sichern und es gelang, dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß jeder Kriegsbeschädigte ohne Rücksicht auf die Rente seiner Leistung entsprechend zu bezahlen ist. Neben der Arbeit für eine ausreichende Rentengewährung helfen die Gewerkschaften auch die freiwillige Hilfe für die Kriegsverletzten mit zu organisieren und sie suchen sie unter ihre Kontrolle zu bringen, da schließlich auch die reichlichste Rente nicht jeden gegen Not zu schützen vermag.

Aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden parlamentarischen Vertreter auch eifrig am Werke, um den Kriegsbeschädigten ein Recht auf Arbeit zu sichern in der Weise, daß jeder Unternehmer verpflichtet wird, auf eine bestimmte Zahl von Arbeitern einen Kriegsbeschädigten einzustellen. Diesbezügliche Anträge werden bald im Reichstage eingebracht werden und es ist Aussicht vorhanden, den Reichstag und die Regierung auf diesen Weg zu bringen.

Es ließe sich noch viel ausführen über die Arbeit der Gewerkschaften für die Uebergangswirtschaft, für die Demobilisierung, für den Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege, in der Monopolgesetzgebung über die internationale Tätigkeit. Auf allen diesen Einzelgebieten ist eine derartig umfassende Arbeit in aller Stille geleistet worden, deren Ergebnisse zur gegebenen Zeit zum Segen für die Arbeiterklasse in Erscheinung treten werden.

Aber die Tätigkeit der Gewerkschaften, auf die es am meisten ankommt, ist die für die Verbesserung der Lebenshaltung, für die Verbesserung der Löhne, um die Kaufkraft der einzelnen bei dem gesunkenen Geldwert aufrecht zu erhalten. In der Lösung dieser Aufgabe ist jede Organisation selbständig. In vielen Fällen wurde aber die Mithilfe der Generalkommission in Anspruch genommen, weil in der Kriegszeit der Kampf für die Lohnverbesserung in anderer Form als im Frieden geführt werden mußte und zwar in Verhandlungen nicht mit den Unternehmern, sondern auch mit den amtlichen Stellen und den Militärverwaltungen. Dabei sind im allgemeinen durchaus befriedigende Erfolge errungen worden: viele Tarifverträge wurde aufgebracht, die früher nicht erreicht worden wären. Der gewerkschaftliche Kampf wurde also in anderen, durch die anders gelagerten Verhältnisse bedingten Formen geführt, aber auch diese haben Ergebnisse gezeitigt, die als durchaus erfreulich bezeichnet werden müssen.

Das gilt auch von der gewerkschaftlichen Arbeit unter dem Hilfsdienstgesetz. Bei seiner Schaffung standen die Gewerkschaften vor der Frage, entweder durch starre Opposition die Schaffung des Gesetzes allein durch die bürgerlichen Parteien im Reichstage ohne jeden Schutz für die Arbeiter zu verschulden oder durch praktische Mitarbeit für eine möglichst weitgehende Wahrung der Interessen der Arbeiter in dem Gesetz einzutreten. Die Gewerkschaften entschieden sich für letzteres und es gelang ihnen ein wertvolles, sozialpolitisches Programm im Verbindung mit dem Hilfsdienstgesetz durchzuführen: durch das wichtige gewerkschaftliche Forderungen, deren volle Verwirklichung vor dem Kriege auch in schweren Kämpfen nicht möglich war, verwirklicht worden sind. Die Arbeiterausschüsse, die Vermittlungspflicht der Unternehmer, die Schlichtungsstellen usw. bewirkten es mit sich gebracht, daß Lohnforderungen in ganz anderer Weise durchgeführt werden konnten, als es vor dem Hilfsdienstgesetz möglich war, und der Allmacht der Militärbehörden wurde ein Riegel vorgeschoben. Das Gesetz führte dem durch das Gesetz ein Riegel vorgeschoben und die ganze politische Mitarbeit zu einer regeren Beteiligung in den Gewerkschaften und zu ihrer erfreulichen Festigung. Während bis zum vierten Vierteljahr 1916 die Mitgliederzahl auf 994 000 gesunken war, stieg sie nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf 1 070 000 im zweiten und auf 1 206 770 im dritten Vierteljahr 1917.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die Gewerkschaften auf dem rechten Wege waren, als sie bei der durch den Krieg geschaffenen neuen Sachlage ihre Taktik so einrichteten, daß sie nach Maßgabe der neuen Verhältnisse das beste für die Arbeiter herausholen vermochten. Dadurch ist auch der Einfluß der Gewerkschaften im öffentlichen Leben bedeutend gestiegen. Das zeigt sich auch in der bevorstehenden Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und an der Neugestaltung des Arbeitskammergesetzes, zwei Maßnahmen, die eine weitere Steigerung der gewerkschaftlichen Einflüsse mit sich bringen werden. Das ist mit Hinblick auf die Aufgaben, die nach dem Kriege zu bewältigen sein werden, hoch zu begrüßen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben, zur siegreichen Führung der zu erwartenden schweren Kämpfe ist aber auch ein guter Geist in den Gewerkschaften dringend nötig, unverbrüchliche Einigkeit und festes Vertrauen. Daher darf der zersetzende Parteistreit in den Gewerkschaften keinen Boden finden. Nur dann können wir der Zukunft getrost entgegensehen, und der Kampf, den sie mit sich bringen wird, wird schwer, aber auch siegreich sein! (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache, die dem Vortrage folgte, gab denen, die mit der gewerkschaftlichen Arbeit während des Krieges nicht einverstanden waren, uneingeschränkte Gelegenheit, ihre Bedenken und ihre der Meinung des Vortragenden entgegengesetzte Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Nach dem alle Einwände sachlich behandelnden Schlußwort des Genossen Bauer einigte sich die Versammlung aber nahezu einstimmig auf folgende Entschließung, gegen die sich nur zwei Hände erhoben:

„Die am 18. Januar 1918 im Volkshause versammelten Funktionäre der Dresdner Gewerkschaften betonen nachdrücklich, daß die freien Gewerkschaften auch während des Krieges ihre im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt erreichten Grundsätze hochgehalten haben und weiterhin vertreten müssen.

Dagegen muß anerkannt werden, daß die durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes eine Aenderung der gewerkschaftlichen Taktik bedingt haben. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände an ihre Spitze, die Generalkommission, haben in anerkennenswerter Weise durch diese Anpassung an die Tatsachen alles zu erreichen versucht und erreicht, was nach der Machtentwicklung der organisierten Arbeiterschaft möglich war, insbesondere bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeiterschutzes, der Lebensmittelversorgung und der Lage der Opfer des Krieges.

Bei Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Leitungen kann allein ihre Tätigkeit im wirtschaftlichen Kampfe maßgebend sein. Das Hineintragen parteipolitischer Streitigkeiten in die einheitliche Gewerkschaftsbewegung muß entschieden abgelehnt werden. Dieser Streit kann und soll nur dazu dienen, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zersplittern, sie damit zur Ohnmacht zu verdammen und damit die gesamte Arbeiterbewegung in unverzeihlicher Weise zu schädigen.

Pflicht aller Gewerkschaftsgenossen ist es, das kostbare Gut ihrer Organisation, die Einigkeit, aus dem Weltbrande unversehrt in die Friedenszeit hinüberzutragen. Nur dann besteht die Gewähr, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird."

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Schädel, Briesnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: Rob. Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Kade & Romp., Dresden.

Täglich Tymians Görlitzer Str. 6 — Thalia Anfang 8 Uhr — Theater Sonnt. 3 Vorstell. — Telephon 14380 — [A 14] — Linien 5 u. 7
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenk. frei
Vorzugskarten werktags u. Sonntags nachm. gültig.

Hofbrauhaus Dresden
empfiehlt seine ausgezeichneten gehaltvollen
Biere

Praktischer Wegweiser u. empfehlenswerte Geschäfte
Besonderer Beachtung empfohlen — Erscheint wöchentlich einmal

Dresdner Beerdigungs-Anstalten
Pietät u. Heimkehr
Am See 36 — Fernruf 20151, 20152, 25091
Bestatterstr. 37

Automaten
„Automat"
Wilsdrufferstr. 25.
Mittagessen von 80 Pfg. an.
Belegte Brödchen à 20 Pfg.
Bier, Kaffee, Tee, Südweine, Zigarren

Wäsche- und Wollwaren
Ferd. Ed. Bauer
Wäsche- u. Plättanstalt
Berliner Neuwäscherei
Birkigt
Kolonie-Bäckerei Paul Mitschke
Oppoldiswalde
„Billige Lampenecke"
Paul Becher Nchflgr. H. Pfeifer
Dresden-Löbtau
Kaufhaus Haller
Dreikaiserhof Ecke
Billige Kleiderstoffe.
Viktoria-Drog. W. Franz

Dresden-Striesen
Otto Prenzel
Max Grützner
Dresden-Übigau
Rudolf Eichler
Kolonialwar. Drog. Farben
Cigarren. Spirituosen
Gorbitz
Gust. Füllkrug
Niedersedlitz
Fr. Günther
Klempnermeister

Bäcker- u. Konditor.
Franz Lanx
Friedr. Richter
Carl Wachs, Oppelstr. 31.
Kolonialwaren

Drogen, Farben
Max Rich. Hartig
Nicolai-Drogerie
Spaltenholz & Bley
Pillnitzer Str. 20.
Ecke Nossengasse

R. Peters Nchf. Drog.-Farb.-Chemik.
Weiße-Drogerie Weißnerstr. 13
Franz Schaal
Fleischerei
Emil Bähr, Wettinerstr. 28
Robert Peschke

Werkzeuge, Beschläge, Geräte für Werkstatt, Garten und Haushalt.
Hecker's Sohn
Tp., Leipzigerstr. 150
Hute, Mützen
R. Marsal
Schoeffel-straße 34.

Uhren und Goldwaren
Heinr. Richter
R. Ilber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG